



Nr. 55 – Februar 2003

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

man mag schon nicht mehr die Tageszeitung lesen oder den Fernseher einschalten aus Angst vor immer neuen Schreckensmeldungen. Das Säbelrasseln der Amerikaner ist bis in ferne Weltgegenden zu hören. Obwohl der Pazifik in jüngster Zeit nicht in Massenkriege verwickelt war, nehmen auch hier die Probleme auf vielfältigen Ebenen zu. Da kommen einige Lichtblicke ganz recht. Viele Glanzlichter im beruflichen und privaten Alltag wünsche ich Ihnen mit der Hoffnung auf eine friedliche Zeit für alle Menschen im Jahr 2003.

Julia Ratzmann, Redakteurin

PAPUA-NEUGUINEA

33 Tote im Wahlkampf

Bei Kämpfen zwischen den Ambulin und Wapukin in der östlichen Enga-Provinz sind 33 Menschen ums Leben gekommen. Ausgelöst wurde der Stammeskampf während des Wahlkampfes im Sommer vorigen Jahres, bei dem ein Kandidat aus Wapukin ermordet worden war. Ein Polizeisprecher von der Provinzpolizei in Wabak erklärte, in dem seit sechs Monaten andauern-

dem Kampf sei Eigentum im Wert von zwei Millionen Kina zerstört worden. Anfang Februar wurde die von der Lutherischen Kirche unterhaltene Internationale Schule in Apopiak abgebrannt. Es entstand ein Sachschaden in Höhe von vier Millionen Kina. Die Polizei ermittelt. (National 15.01.03)

Viele Tote bei Stammeskämpfen

Bei ethnischen Auseinandersetzungen zwischen Menyamyaleuten aus der Morobe Provinz und Menschen aus Mount Hagen (Provinz Western Highlands) sind Anfang Februar in Lae, der zweitgrößten Stadt des Landes, sechs Menschen ums Leben gekommen. Die tagelangen Kämpfe zwischen den beiden Stämmen waren ausgebrochen, als zwei betrunkene Western Highlander einen Menyamyaleute auf dem Markt in Lae beschimpft hatten. Nach einigen sporadischen Straßenkämpfen hatten sich die Menschen aus den Western Highlands zu einem nächtlichen Überfall auf einen Wohnblock der Menyamyaleute in West Taraka, einem Vorort von Lae, entschlossen. Insgesamt 34 Wohnungen wurden zerstört, Busse und Autos angezündet, der öffentliche Personennahverkehr brach zusammen.

Der Gouverneur der Morobe Provinz, Luther Wenge, erklärte West und East Taraka für die nächsten drei Monate zu einer „fighting zone“ (Kampfzone). Er

rief die verfeindeten Gruppen auf, Frieden zu schließen und zu einem „normalen Leben“ zurückzukehren.

Ende Februar kam es in einem Vorort von Port Moresby zu tödlichen Auseinandersetzungen zwischen Southern Highlandern und Menschen aus Goilala (Central Province). Bei den Kämpfen zwischen Goilala und Tari-Angehörigen wurden sieben Menschen erschossen. 20 Häuser der Goilala im Vorort Nine-Mile wurden gebrandschatzt und zerstört. (Post-Courier 06.02., 23.02.03, 24.02.03, PIR 06.02.03, Flash d'Océanie 25.02.03)

Zur Todesstrafe verurteilt

Der nationale Gerichtshof hat einen Menschen zum Tod durch den Strang verurteilt. Der 34-jährige Arua Marag Hariki hatte im März und April vorigen Jahres zwei Teeanger ermordet. Der 18-jährige Henri Veidiho und der 17-jährige Mathew Togiri waren von Hariki im Vollrausch erwürgt worden. Staatsanwalt Chronox Manek erklärte, diese Strafe solle vorrangig der Abschreckung dienen. Man wolle ein Exempel statuieren, um die Gewalt im Land einzudämmen.

Die Todesstrafe war 1991 erneut vom Parlament eingeführt worden. Bisher wurden fünf Menschen zum Tod durch den Strang verurteilt, erstmals 1995. Keiner der Verurteilten wurde bislang gehängt, alle gingen in die Berufung. Auch das Urteil gegen Ha-



riki wurde bislang nicht vollstreckt.

In einem Kommentar titelte die einheimische englischsprachige Tageszeitung „Post-Courier“: „Death penalty to suit a fed up society“. (PC 23.01.03, 24.01.03)

Auszeichnung für Umweltschützer

Der 22-jährige Patrick Kaupun hat für sein Engagement gegen die Abholzung von Regenwäldern den „Youth Action Net Awards“ bekommen. Der Preis wurde erstmals von der „International Youth Foundation“ und der Firma Nokia vergeben, die vor zwei Jahren mit dem interaktiven Internetprojekt „YouthAction-Net.org“ an die Öffentlichkeit ging. Es handelt sich um eine Internetseite zur Stärkung des Engagements junger Menschen auf Führungsebene.

Patrick Kaupun ist Leiter der „Klampun Conservation Group“, die nach Alternativen zur Abholzung des Regenwaldes in ihrer Region sucht. Es sei nicht einfach, die Dorfgemeinschaften davon abzuhalten, mit der Abholzung „schnelles Geld“ zu machen, erklärte der junge Mann. Ziel der Umweltschutzgruppe sei der Schutz der natürlichen Ressourcen sowie die Bewahrung von Kultur und Tradition der Dorfgemeinschaften. Dazu soll auch das Preisgeld in Höhe von 500 US Dollar benutzt werden. (Independent 09.01.03, <http://www.youthactionnet.org>)

Erholung auf dem Kaffee- und Kakaomarkt

Die Exporteinnahmen für Kaffee und Kakao haben im letzten Quartal des Jahres 2002 den höchsten Stand seit zwei Jahren erreicht. Das gab die Bank of Papua New Guinea in ihrem letzten Quartalsbericht bekannt. Die Exporte im Bereich Landwirtschaft stiegen von 251,9 Millionen Kina im Jahr 2001 auf 267,7

Mio. Kina Ende letzten Jahres. 20.500 Tonnen Kaffee in Höhe von 90,9 Mio. Kina (+ 24 %) wurden ausgeführt, dies ist das beste Ergebnis seit September 1999.

Mit 39,1 Mio. Kina lag die Ausfuhr von Kakao geringfügig unter den Zahlen von 2001. Dies erklärt sich durch den hohen Weltmarktpreis für Kakao und den schlechten Zustand der Strassen im Hochland, die zeitweilig einen Transport des Kakaos an die Küste verhinderte.

Im gesamten Jahr 2002 (Januar bis November) erreichte der Kakao mit 234 Mio. Kina jedoch einen absoluten Rekordstand. In 2001 war Kakao in Höhe von nur 126 Mio. Kina ausgeführt worden. Der Geschäftsführer des „PNG Cocoa Board“, Jimmy Simitab, äußerte sich zufrieden mit den Exportergebnissen. Begünstigt wurde das Ergebnis durch den Ausfall des größten Kakao-producing Elfenbeinküste (Westafrika) wegen eines Bürgerkrieges und durch die allgemeine Steigerung der Weltmarktpreise. Der Kakaopreis stieg um 104,4 %, der Kaffeepreis um 17,4%.

Auch der Preis für einen Kubikmeter Holz erhöhte sich von 177 auf 200 Kina. Der Holzeinschlag erfuhr eine Steigerungsrate in Höhe von 42 %. Waren im letzten Quartal 2001 noch 248.100 Kubikmeter Holz ausgeführt worden, waren es Ende letzten Jahres bereits 352.300 Kubikmeter.

Im Gegensatz dazu gingen die Exporteinnahmen im Bergbau um 274,6 Mio. Kina auf 1,06 Milliarden Kina zurück. Gründe für das schlechte Jahr waren die durch das Klimaphänomen El Niño ausgelöste Dürre, die ein Verschiffen des Kupfererzes aus der Ok-Tedi-Mine über den Ok Tedi-Fluss verhinderte, und die zeitweilige Schließung der Porgera-Goldmine. Die Verluste konnten zum Teil durch höhere Weltmarktpreise für Gold, Kupfer und Öl wettgemacht werden.

Nach Angaben von PNG-Bankdirektor Wilson Kamit war 2002 ein besonders schlechtes wirtschaftliches Jahr. Die Inflationsrate stieg auf 12,3 % und der Kina war zeitweise nur 19 US Cent wert.

Der bereits im Dezember 2002 von der Regierung vorgelegte Haushaltsplan für 2003 sieht folgende Strukturanpassungsmaßnahmen zur Konsolidierung der Wirtschaft vor: Das vorläufige „Einfrieren“ von Gehältern und Neueinstellungen, die Reduzierung der Subventionen im Erziehungs- und Bildungssektor und massive finanzielle Einschränkungen, z.B. beim ‚Electoral Development Fund‘ (Fonds für Abgeordnete, um Entwicklungsprojekte im eigenen Wahlkreis zu finanzieren). Das „Haushaltsloch“ für 2003 wird auf 244 Millionen Kina geschätzt. (1 Kina = 0,25 Euro am 27.02.03)

(Hello Pacific Business News 15.01.03, The National 15.01.03, www.bankpng.gov.pg/, Independent 06.02.03)

Schulgeld wieder eingeführt

Die „Politik der freien Bildung“, die unter Ex-Premierminister Sir Mekere Morauta und seiner Partei, dem People’s Democratic Movement, eingeführt wurde, ist mit Beginn des neuen Schuljahres Strukturanpassungsmaßnahmen zum Opfer gefallen. Mit dem ersten Term ab dem 3. Februar 2003 müssen Eltern für den Schulbesuch ihrer Kinder wieder Gebühren zahlen. Das Schulgeld kann von vielen Menschen in ländlichen Regionen jedoch nicht aufgebracht werden. Die Schulgelder liegen je nach Klassenstufe und Schulform zwischen 40 und 700 Kina pro Term, einige Privatschulen verlangen bis zu 4.500 Kina. Die bisherige kostenlose Ausbildung von Grundschullehrern (Elementary School Teachers) wurde gestrichen. Die sechswöchige Ausbildung zum Grundschullehrer kostet nun 700 Kina.

Die Bank South Pacific (BSP) hat ein Kreditvergabesystem für die

Schulgebühren mit niedrigen Zinsen entwickelt. Augenzeugen berichten von langen Warteschlangen an den Schaltern der BSP in Port Moresby. (*Islands Business 02/03, Independent 13.02.03*)

„Post-Courier“ auf Erfolgskurs

Die englischsprachige Tageszeitung „The Post-Courier“ ist weiter auf Erfolgskurs. Die Verkaufszahlen stiegen trotz Kinaverfall und allgemeiner wirtschaftlicher Rezession von 25.044 auf 29.819 Stück täglich, das entspricht einem Wachstum von 19,1 %. Peter Chegwyn, Geschäftsführer der Verlagsgesellschaft Papua New Guinea Post-Courier Ltd., sagte am Rande der Jahreshauptversammlung, der Erfolg der Zeitschrift gründe sich auf die aktive Mitwirkung bei Kampagnen und Ereignissen in den Gemeinden. So habe man erfolgreich die „War on Corruption“-Kampagne initiiert, sich an der Suche nach der „Red Cross Miss PNG“ beteiligt und zu guter Letzt auch den Post-Courier in Braille-Schrift für alle blinden Menschen im Pazifik herausgegeben.

Nun werde die hauseigene Druckerei „Post Printing“ die Aktion „Baim PNG-made“ ins Leben rufen, um den Verband der Hersteller (PNG Manufacturer Council) zu unterstützen. Alle Unternehmen sollen aufgerufen werden, ihre Publikationen im eigenen Land zu drucken und Druckaufträge nicht ins Ausland zu vergeben. So werde man die Wirtschaft des Landes stärken, erklärte Chegwyn. (*Pacific Media Watch online 19.12.02*)

Peter Raka ausgewiesen

Der ehemalige „Charge d’Affaires“ von Papua-Neuguinea in Deutschland, Peter Raka, ist mit seiner Familie aus Belgien zwangsausgewiesen worden. Nach Schließung der PNG-Botschaft in Bonn am 20. Sep-

tember 2001 hatte Raka eine Stelle als Legationsrat bei der PNG-Botschaft der Europäischen Union in Brüssel angetreten. Seine erste Amtszeit endete im Januar des Jahres. Raka war in Brüssel Stellvertreter des PNG-Botschafters Gabriel Pepson. Pepsons Amtszeit endete ebenfalls im Januar. Vor seiner Abreise nach Papua-Neuguinea, wo er künftig als Außenminister des Landes tätig wird, hatte Pepson eine diplomatische Note bei der belgischen Regierung hinterlegt. In dieser wurde Raka zur „persona non grata“ erklärt und seine Ausweisung angewiesen. Die Brüsseler Polizei nahm Raka am Flughafen in Gewahrsam und zwang ihn zum Abflug nach Australien. Raka wollte trotz des Endes seiner Amtszeit in Brüssel bleiben, um sich von einer Nierentransplantation zu erholen.

Der neue PNG-Botschafter in Brüssel ist Camillus Midire, sein Stellvertreter ist Kapi Maro. (*Radio Australia 06.02.03, pacific islands 13.02.03*)

Krankenschwester vergewaltigt

Die Vergewaltigung einer Krankenschwester des Stadtkrankenhauses von Port Moresby hat zu einem 48-stündigen Generalstreik aller Krankenschwestern geführt. Sie forderten bessere Sicherheitsmaßnahmen auf dem Weg zur Arbeit, vor allem bei den Nachtschichten. Die Krankenschwester war auf dem Weg zu ihrer Nachtschicht in einem liegengebliebenen Bus von Passagieren vergewaltigt worden. Der Transportbus des Krankenhauses wurde durch sintflutartigen Platzregen an der Weiterfahrt gehindert. Im Bus befanden sich drei Frauen und acht Männer. (*Radio Australia 19.02., 20.02.03*)

BERGBAU

Bohrungen auf Fergusson Island

Die australische Firma „Gold Aura Limited“ hat Tiefbohrarbeiten auf der Insel Fergusson in der Milne Bay-Provinz von Papua-Neuguinea in Auftrag gegeben. Ziel der Probebohrungen in den beiden Goldlagerungsstätten Gameta und Wapolu an der Nordküste ist die Bestimmung der Größe der Golddepots. Der Generaldirektor von Gold Aura, Rob Murdoch, vermutet 680.000 Unzen Gold auf Fergusson Island. Die Bohrungen werden von der Firma United Pacific Drilling aus Madang in den nächsten beiden Monaten durchgeführt. Gold Aura ist Eigentümer der beiden Goldminen und zugleich mit 60 % Hauptanteilseigner, die restlichen 40 % hält die kanadische Firma Yamana Resources Inc. (*Post-Courier 03.02.03, <http://www.goldaura.com.au>, Pressemitteilung Gold Aura 29.01.03*)

BOUGAINVILLE

BCL: Keine Zyanidgefahr

Die ehemalige Betreiberfirma der Kupfer- und Goldmine Panguna auf der Insel Bougainville, die „Bougainville Copper Limited“ (BCL), hat Vorwürfe einer potentiellen Bedrohung von Mensch und Umwelt durch Zyanidabfälle weit von sich gewiesen. Generaldirektor Peter Taylor erklärte, zur Zeit des Minenbetriebes hätte BCL nie Zyanid zur Gewinnung von Gold benutzt.

Die Panguna-Mine war 1989 durch den Protest von Landeignern und Minengegnern unter Führung von Francis Ona geschlossen worden. Taylor erklärte, man habe bei der Schließung alle Materialien in sicheren Containern verwahrt. Er sei bereit, unabhängige Experten zu einer Kontrolle in die Mine zu lassen, wenn Francis Ona die sogenannte „no-go“ Zone öffnete und für die Beobachter zugänglich machte. Zugleich bemerkte Taylor, er sei froh, dass Ona aus Angst vor Umweltgiften niemanden den Zutritt zur Mine gewähre.

Beim Zyanidverfahren wird das goldhaltige Gestein in Auffangbecken mit einer Lösung versetzt, die das Gold zu 99 % aus dem Erz herauslöst. Zyanid ist das Salz der Blausäure und eine der giftigsten Chemikalien überhaupt. Der weltweit zweitgrößte Zyanidproduzent ist die "Deutsche Gold und Silber Anstalt" (Degussa). Weltweit werden jährlich zwischen 3.000 und 4.000 Tonnen Gold abgebaut. Für jede gewonnene Tonne Gold müssen rund drei Millionen Tonnen Erde bewegt werden. *(Independent 30.01.03, FIAN- Goldkampagne)*

Entwurf der Verfassung vorgelegt

Ein erster Entwurf zur neuen Verfassung einer autonomen Regierung auf Bougainville wurde Anfang Februar vorgelegt. Der Verfasser des Entwurfes, Sir James Fraser, übergab ihn an den Präsidenten des Bougainville People's Congress, Joseph Kabui. Sir Fraser wurde für seine juristische Ausarbeitung der Verfassung mit 355.000 Kina von der australischen Regierung unterstützt. Mitglieder einer eigens eingerichteten „Bougainville Constitutional Commission“ (Verfassungskommission) werden den Verfassungsentwurf in den nächsten Wochen in den Gemeinden vorstellen und Meinungen einholen.

Joseph Kabui, der zugleich Chef der Verfassungskommission ist, rief die Ex-Kombattanten erneut dazu auf, ihre Waffen gemäß der Vereinbarung abzugeben. Er mahnte zudem die Anhänger von Francis Ona an, ihren Widerstand aufzugeben, und sich dem Friedens- und Versöhnungsprozess anzuschließen.

Der Anführer der Bougainville Revolutionary Army, Ishmael Toroama, und der Leiter des Widerstands (Bougainville Resistance Forces), Hilary Masiria, haben in einer gemeinsamen Erklärung den Verfassungsentwurf gutgeheißen. Auch der Bou-

gainville Council of Women und der Leitana Council of Women haben sich dem Lob angeschlossen. Aus den Reihen des Frauenrates verlautete, man sei immer noch im Friedensprozess involviert. Vorrangig seien nun Aktivitäten zur Stärkung des Friedens, die Traumaarbeit mit den Ex-Kämpfern und die „Healing-of-memories“-Programme.

Laut Zeitplan sollen im Juli diesen Jahres die Wahlen für eine autonome Regierung der Insel Bougainville stattfinden. *(Independent, PIR 06.02.03, 11.02.03)*

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

AUS DER ELC-PNG

Lutherischer Pastor unter Absturzopfern

Am 14. Dezember stürzte eine zweimotorige Maschine von „Island Aviation“ nach dem Start auf dem neueröffneten Flugplatz Guhu, der in der Nähe von Tep-tep (Finisterre Gebirge) liegt, ab. Alle acht Insassen konnten nur noch tot geborgen werden. Unter ihnen befanden sich hochrangige Regierungsbeamte der Madang-Provinz und der lutherische Pastor Freyberg von der Rai-Küste. Der Geistliche ist nach dem amerikanischen Missionar Paul Freyberg benannt. Für die Unfallopfer wurde in der Katholischen Heilig-Geist-Kathedrale in Madang am 18. Dezember ein Gedenkgottesdienst gehalten. *(PC 17.12., 18.12.02)*

Neues von Lutheran Shipping

Die Mitarbeiter des kircheneigenen Unternehmens „Lutheran Shipping“ (LUSHIP) wissen nicht, wie es mit dem im November 2001 begonnenen Rationalisierungsprogramm weitergeht. Besonders davon betroffen sind vierzig Mitarbeiter. Sie baten den Kirchenrat, ihnen die Ergebnisse einer internen Überprüfung mitzuteilen. Anfang des Jahres hatten die Mitarbeiter ihrem Arbeitgeber verschiedene Petitionen überreicht und auf ihre Notlage hingewiesen. Bis zum jetzigen Zeitpunkt erhielten sie keine Antwort der Verantwortlichen. Wie der General-Manager von Luship, Paul Toussaint-Jackson, mitteilt, soll die Zentrale nach Madang zurückverlegt werden. Davon erhofft sich das Unternehmen eine bessere Wirksamkeit seiner Operationen. Außerdem befinden sich das Ingenieurbüro und die Werkstatt mit Helling (Montageplatz einer Werft) in Madang. *(PC 14.01.03, 12.12.02)*

St. Andrew wird 70 Jahre

Das älteste erhaltene Gebäude aus kolonialer Zeit in Lae ist St. Andrew in Ampo. Die Kirche ist für die Menschen von Butibam, Ahi, Ampo und Hunter so etwas wie ein „Heiligtum“. Sie war und ist Teil ihres Lebens. Das Gotteshaus überstand den Zweiten Weltkrieg, in dem es für kurze Zeit als Lazarett für die Japaner diente. Vom Krieg zeugen noch Einschüsse in den Wänden. Das Dach, rostig, aber noch dicht, besteht aus dickem Vorkriegs-Wellblech. Die Kirche wurde unter Aufsicht des Zimmermanns der Lutherischen Mission, Johann Hertle, gebaut. Viele Helfer standen ihm zur Seite. Bauholz wurde von Bukaua auf der „Bavaria“ nach Lae transportiert. Am 4. März 1933 wurde mit dem Bau begonnen und am 8. Oktober wurde die Kirche feierlich eingeweiht. Sechszwanzig weiße Ehrengäste nahmen daran teil, unter ihnen Missionsdirektor Dr. F.O. Theile aus Australien. Die Kollekte erbrachte 87 Engli-

sche Pfund. Die Baukosten betragen 350 Englische Pfund. In der Kirche finden bis zu 700 Menschen Platz. Sie war der krönende Abschluss von Gottfried Schmutters Arbeit und ein Zeugnis des Glaubens und Lebens der Menschen um Lae. St. Andrew war und ist für sie das Zentrum des Jabim-Distrikts.

Auch während der Internierung der Missionare in Australien wurde das Gebäude, die kurze Besetzung durch die Japaner ausgenommen, als Gotteshaus benützt. Evangelist Philemon Balob, der Vater des Abgeordneten und jetzigen Finanzministers von PNG, Bart Philemon, versah das Amt des Gemeindepfarrers. Er predigte, taufte und spendete, solange Wein vorhanden war, der Gemeinde das Abendmahl. Auch das Schulwesen kam trotz großer Probleme nicht zum Erliegen. Lehrer Gajammec Nagong unterrichtete auch während der Kriegszeit die Kinder der Gemeinde. Verlassen von den weißen Missionaren besann sich die Gemeinde auf ihre eigene Stärke. Sie hielt die umliegenden Stämme zusammen, die in ihr ihre gemeinsame Identität sahen.

Arnold Maahs, ein lutherischer Armeepfarrer, war, als er mit der amerikanischen Armee in Lae einmarschierte, sehr darüber erstaunt, dass er ein blühendes Luthertum unter den Menschen vorfand. Dazu hat das Kirchengebäude mit seinen Gottesdiensten und Versammlungen wesentlich beigetragen.

Im Augenblick wird die Kirche für 195.000 Kina renoviert. (*Independent, PNG Business, September 2002 und National 17.01.03*)

LWB lädt lutherische Kirchen zu Dialog ein

Mit Blick auf die Situation der lutherischen Kirchen in PNG und insbesondere der Lutherischen Melpa-Kirche, die vor einigen Jahren aus einer Spaltung der ELC-PNG hervorgegangen war und auch um Mitgliedschaft im Lutherischen Weltbund (LWB)

gebeten hatte, beschlossen die Ratsmitglieder, den LWB-Generalsekretär zu bitten, die ELC-PNG und die Lutherische Melpa-Kirche zu einem Dialog unter Begleitung des LWB einzuladen, um Mittel und Wege zu geeintem Zeugnis und Handeln zu finden. (*Lutherische Welt-Information No. 09/2002*)

Gao Ababa verstorben

Die langjährige Sekretärin im Gutnius-Department (Evangelisations-Abteilung der ELC-PNG) verstarb am 7. Februar im Angau-Hospital in Lae. Sie hat bis zu ihrem Tod in einem Land, das keine Schreibkultur kennt, diese wichtige Aufgabe aufopferungsvoll wahrgenommen. Die alleinerziehende Mutter hinterlässt sechs Töchter (nach einer anderen Meldung sogar elf Kinder, darunter zwei Adoptivkinder). (*eigene Meldung*)

Chimbu-Distrikt hat neuen Präsidenten

Bischof Dr. Wesley Kigasung installierte Pastor Daryl Boyd als neuen Distriktpäsidenten im Chimbu. Daryl Boyd stammt aus Queensland (Australien) und hat von 1969 bis 1976 als „Patrol Officer“ (Kiap) in Papua-Neuguinea gearbeitet. Er studierte von 1988 bis 1991 am Martin-Luther-Seminar, wo er als Bakkalaureus graduierte. Er ist Staatsbürger von PNG und mit einer Frau aus dem Hochland verheiratet. (*eigene Meldung*)

Dreijährige Ausbildung beendet

Über eintausend Gäste, unter ihnen Bischof Dr. Wesley Kigasung und der für die Ausbildung zuständige Abteilungsleiter, Pastor Gerry Mangiri, waren Zeugen der Abschlussfeier am Evangelisten-Ausbildungszentrum (ETC) in Amron. Pastor Mangiri ermahnte die frisch aus-

gebildeten Evangelisten, nicht an ihrem Auftrag zu zweifeln und Gottes Wort den Menschen im Land zu verkündigen. Bischof Wesley sagte, dass alle, die Gottes Nähe suchten, zuerst Buße tun und ihr Leben ändern müssten, bevor sie andere belehrten. Nur so könnten sie Licht für die Welt sein. Das ETC wird von Diakon Arnim Dörfer geleitet. Neben ihm unterrichteten Pfr. Rudolf Hertle und vier einheimische Lehrkräfte am ETC. (*Wantok 16.01.03 und eigene Meldung*)

Gottes Beistand gesucht

Polizeikommissar Inguba, der ranghöchste Polizeibeamte in PNG, suchte, bevor er sein schwieriges Amt antrat, den Beistand Gottes. In der Gnaden-Gemeinde in Gordons fand deshalb ein Segnungsgottesdienst statt, den der Präsident des Papua-Distrikts, Pastor Sommy Setu, leitete. Der oberste Richter Sir Arnold Amet sagte in einem Grußwort, es zeuge von Demut des neu ernannten Kommissars, dass er in seine Lutherische Kirche gehe, um Gottes Segen für seine Arbeit zu erbitten. Gleichzeitig übermittelte er Glück- und Segenswünsche von Bischof Kigasung aus Lae. Der Abgeordnete von Bulolo, John Muingnepe, sicherte ihm im Namen aller Parlamentarier jegliche Hilfe bei seiner Arbeit zu. John Toguata, Direktor von der „Beschwerdestelle für Staatsbürger“ (Ombudsman Commission), bemerkte, dass es weise sei, zuerst auf Gott zu hören und dann die anvertraute Arbeit zu verrichten. Er bezeichnete Ingubas Aufgabe als die schwerste im ganzen Land. (*PC 02.12.02*)

„Kehrt zurück und verhilft der Provinz zur Normalität“

Mit diesen Worten forderte der katholische Bischof von Mendi, Stephen Reichert, vor allen Dingen Lehrer aus dem Südlichen Hochland auf, in ihre Heimat zu-

rückzukehren. Wegen anhaltender Stammeskämpfe und wahlbedingten Auseinandersetzungen hatten viele Pädagogen aus Furcht, ihr Leben zu verlieren, die Provinz verlassen. „Gegenwärtig haben wir das Problem eines Lehrermangels, das die Menschen dieser Region aber selbst lösen können“, so der Bischof. „Viele Schulen sind deshalb geschlossen. 40 bis 50 Prozent der Schulen haben keine oder nicht genügend Lehrer. Kommt zurück und helft einem ‚kranken Freund‘, damit er wieder aufstehen kann.“ (PC 31.12.02)

AUS DER ÖKUMENE IN PNG

Erste Frau in PNG ordiniert

Als erste Frau in einem von Männern dominierten Land wurde Gloria Renagi von der Vereinigten Kirche (United Church) durch Bischof (Moderator) Samson Lowa in Gaire (Central-Province) ordiniert. Samson Lowa sagte. „Das Amt in der Kirche ist nicht nur Männern vorbehalten. Heute können Frauen Positionen ausfüllen, die traditionell Männern vorbehalten waren. Der Zugang zum Amt muss auch für Frauen offen sein. Mit alten Methoden kommen wir nicht weiter. Wir brauchen Neues, um den Glauben der Menschen an das Evangelium zu erhalten. Wir müssen ihnen in diesen schwierigen Zeiten Hoffnung machen.“

Pastorin Renagi, eine Tochter von Regional-Bischof Laka Renagi, ist zur Zeit für die Frauen in der Zentral-Province zuständig. (PC 09.12.02)

Neues Zeitalter hat begonnen

Nach den Worten des katholischen Erzbischofs Michael Meier hat ein neues Zeitalter in der Geschichte der Katholischen Kirche in PNG begonnen. 85 Delegierte waren im Guten-

Hirten-Seminar in Fatima im Westlichen Hochland für eine Woche versammelt, um im Gebet Gottes Plan für die Zukunft der Kirche im Land zu erfahren. Nach den frühen siebziger Jahren hat die Kirche wieder einmal ernsthaft über die kommenden Jahre nachgedacht. Ausgangspunkt war die päpstliche Botschaft „Die Kirche in Ozeanien“, in dem der Heilige Vater die Kirchen in dieser Region aufgefordert hat, den Weg Jesu zu gehen, seine Wahrheit zu verkündigen und in seinem Licht zu leben. Die Teilnehmer, die 38 ausgearbeitete Studienpapiere präsentierten, bestanden aus Bischöfen, Priestern, Laien und Verwaltern. Dabei ging es auch um Themen wie Wirtschaft, Politik, Wiedergutmachung, Gesundheit, Korruption und Aids. (National 16.01.03)

Studium mit Diplom beendet

Zum ersten Mal in der Geschichte des Balob-Lehrer-Seminars erhielten die Absolventen nach ihrer dreijährigen Ausbildung ein Diplom. Unter den vielen Gästen, die der Zeremonie beiwohnten, befand sich auch der Bischof der ELC-PNG, Dr. Wesley Kigasung. Herr Alu vom Erziehungs-Ministerium in Port Moresby lobte den neu eingeschlagenen Weg und zeigte sich erfreut über das am Seminar praktizierte Lahara-Programm. Danach werden die LehrerInnen angeleitet, landwirtschaftliche Projekte an ihren Schulen einzuführen und zu begleiten, um die Kosten zu senken. Auf der Morobe-Ausstellung erhielten sie dafür einen zweiten Preis. (Wantok 28.11.02)

CTI der DWU angegliedert

Das Katholische Theologische Institut in Port Moresby (CTI) wurde der Divine Word University (DWU) angegliedert. Das Memorandum der Zustimmung wurde in Port Moresby unterzeichnet.

Diplome der Universität können nun auch in Port Moresby erworben werden. Die Studienlänge beträgt sechs Jahre. Die Ausbildung geschieht für den Gemeindedienst. In diesem Jahr haben einundzwanzig Studenten graduiert. Davon kommen sieben Absolventen von den Salomon-Inseln und zwei aus Indien. (Independent 14.11.02)

Pater James Downey verlässt CTI

Der irische Augustiner-Pater verlässt nach vier Jahren das Katholische -Theologische – Institut (CTI) in Bomana in der Nähe von Port Moresby, um in Rom eine Lehrtätigkeit auszuüben. Unter seiner Leitung wurde das Institut der Divine-Word-University (DWU) angegliedert. Im CTI werden nicht nur Geistliche ausgebildet, sondern auch religiöse Kurse für Laien angeboten. Unter den Teilnehmern befand sich der ehemalige Parlamentssprecher Bernard Narakobi. Bischof John Ribat von der Bereina Diözese bedankte sich für die vorbildliche Arbeit des scheidenden Leiters. Nachfolger ist SVD-Pater James Uravil. (Wantok 05.12.02)

Zeitung klagt an

The National, die zweitgrößte Tageszeitung in PNG, zeigt auf eine Wunde, die immer größer wird. Anlass ist die Zerstörung der „Amapyaka Internationalen Schule“ in der Enga-Province im Dezember letzten Jahres. Die Schule, die von der Lutheran Gutnius Sios geführt wird, besteht seit 45 Jahren. Anlässlich eines Stammeskampfes wurde das Schulgebäude, bestehend aus sechs Klassenräumen, einem Computerraum mit 40 Computern, einer gut bestückten Bibliothek sowie Büroräumen mit Aufzeichnungen und Schulmaterialien, vernichtet.

Die Freunde dieser Schule sind praktizierende Christen und wer-

den dafür sorgen, dass sie rasch wieder aufgebaut wird. Hunderte, vielleicht gar Tausende Schüler werden Anlass haben, sich dankbar zu zeigen. Das meiste Geld wird von Lutheranern außerhalb des Landes kommen.

Anlässlich dieser Vorkommnisse fragt die Zeitung:

„Warum vernichten Menschen Einrichtungen, die ihnen, ihren Familien und Gemeinschaften von großem Nutzen sind? Warum verhindern die Stammesführer nicht deren Vernichtung? Nehmen sie es stillschweigend hin oder erlauben sie es sogar? Wo sind die, die an der Schule ausgebildet wurden? Ignorieren sie die Tat, haben sie Angst oder sind sie so apathisch, dass sie nicht in der Lage sind, selbst einen Finger zu heben? Wo sind die örtlichen Abgeordneten? Sind sie überhaupt an dem, was in ihren Wahlbezirken passiert, interessiert oder nur noch an den Fleischtöpfen in Port Moresby? Wo sind die Kommunalpolitiker?“

Aus diesem Grund raten wir dringend allen Provinz-Regierungen, Kirchen, Entwicklungsbanken, Organisationen und Botschaften, nicht auch noch die andere Wange hinzuhalten. Stoppt den Wiederaufbau! Es gibt viel zu viele stille Zeugen. Ein allzu schneller Wiederaufbau ist ein Zeichen der Schwäche, ganz abgesehen von der finanziellen Last, die von den helfenden Organisationen und Regierungen getragen werden muss. Auch ist die Schande, die solche Taten mit sich bringen, zu bedenken. Gemeinschaften, die Zerstörungen dulden, müssen um die Konsequenzen wissen. Sie dürfen keine Hilfe bekommen. Es gibt genügend andere Gemeinschaften in unserem Land, die sich erfolglos um Hilfe bemühen. Sie werden, wenn sie welche erhalten, sorgsamer damit umgehen.“ (National 27.01.03)

Bibel in die Huli-Sprache übersetzt

Bereits 1983 ist das Neue Testament in die Stammessprache der Huli übersetzt worden. Damals wurden 11.000 Exemplare gedruckt. 1988 wurde mit der Übersetzung des Alten Testaments begonnen. Das gesamte Vorhaben konnte von einheimischen Übersetzern, die von zwei Mitarbeitern der Neuseeländischen Bibelgesellschaft unterstützt wurden, verwirklicht werden. Die vollständige Bibelübersetzung wurde von der Bibelgesellschaft in PNG herausgegeben. Die Huli-Sprache wird von ungefähr 70.000 Menschen gesprochen. Sie ist die zweitgrößte von 539 Trans-Neuguineasprachen und wird im Südlichen Hochland gesprochen. Das Leben der Huli ist weitgehend von festgefühten Traditionen und archaischen Ritualen bestimmt. Sie leben in kleinen, abgesonderten Familienclans, die sich oft feindselig gegenüberstehen. (Epd-ZA Nr. 12. vom 17.01.03, Email Dr. Hansjoerg Biener, Gemeinschaft der Siebententags-Adventisten 30.01.03)

Christenrat (PNGCC) unterstützt Erzbischof

Der PNGCC (Papua New Guinea Council of Churches) steht voll hinter den Äußerungen des katholischen Erzbischofs von Port Moresby, Brian Barnes. Anlass seiner kritischen Rede war, dass die Parlamentarier des Landes einer vorgesehenen 15-prozentigen Kürzung ihrer Gehälter und Zuwendungen nicht zustimmten. Die knapp drei Mio. gesparten Kina könnten der Krankenversorgung und den Schulen aus ihrer finanziellen Not helfen. Fünf Monate nach der Wahl hätten die gewählten Volksvertreter ihre Versprechen wieder vergessen. Es wäre gut, wenn sie in dieser schweren Zeit mit den Menschen litten und damit ein Zeichen setzten. Aber stattdessen denken sie zuerst an sich und ihre eigenen Interessen. Sie sind der wahre Grund, warum es um Recht und Ordnung so schlecht bestellt ist. Sie verschließen ihre Ohren vor dem Schreien des Volkes

und wenden ihren Blick von ihm ab, so der katholische Oberhirte. Der Christenrat ist sehr besorgt über die hohen Preise für Nahrungsmittel und andere lebensnotwendige Güter. „*Vieles ist ungerecht. Als verantwortliche Menschen sollten wir dazu nicht schweigen. Deshalb ermutigen und unterstützen wir alle, die gegen ungerechte und korrupte Praktiken ihre Stimme erheben. Es ist falsch, nur still zu leiden und die Ungerechtigkeiten einfach hinzunehmen. Wer sich so verhält, der handelt unverantwortlich*“, so ein Sprecher des PNGCC.

Mitglieder des Nationalen Christenrates sind die Anglikanische Kirche, die Baptistische Kirche, die Lutherische Kirche, die Katholische Kirche, die Heilsarmee und die Vereinigte Kirche. (Independent 05.12.02)

Neuer Bischof für Popondetta

Father Roger Jupp wurde als neuer Bischof der Anglikanischen Kirche von Popondetta gewählt. Der 46-jährige Geistliche war zuletzt Rektor am Newton College in England. Er ist ein Kenner der Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts. Durch Partnerschaftsarbeit war er mit PNG verbunden. Er ist ein Mann der Ökumene und hat sich als Ziel die Erneuerung des christlichen Glaubens und die Verwirklichung einer reichen kulturellen Liturgie gesetzt. (Peter Townley 16.01.03)

Auch Kirchen von Landproblemen betroffen

Die Landbesitzer von der Katholischen Missionsstation Fatima in der Nähe von Banz im Westlichen Hochland fordern 12 Mio. Kina Entschädigung von der Katholischen Kirche. Der Sprecher der Landbesitzer, Mathew Onimnga, übergab eine entsprechende Petition an Pater Peter van Adrichem. Zugleich warnte er die Verantwortlichen, dass die

Landbesitzer die Oberschule schließen werden, falls von den Verantwortlichen keine Antwort in nächster Zeit käme. Bis dahin jedoch werde es durch den Andpang-Stamm zu keiner Störung des Schulbetriebs wie auch zu keiner Zerstörung von Schulbesitz kommen. Der nicht benutzte Teil des Landes wird durch die Besitzer zurückgefordert. (PC 31.01.03)

Waffen bedrohen Frieden

Anlässlich der bevorstehenden Neuwahlen in sechs Wahlkreisen im Südlichen Hochland forderte der Katholische Bischof Stephen Reichert seine Mitarbeiter in einem in Pidgin-Englisch geschriebenen Hirtenwort auf, für den Frieden zu beten und über ihn zu predigen. Es gelte, die Menschen darüber aufzuklären, was Friede und Harmonie für die Provinz bedeuten. Anlass war die Übergabe von insgesamt 347 Gewehren in Pureni und Iwanda. Für den Bischof war das eine ermutigende Botschaft. Deshalb kam er auf die Idee, die Bewohner aufzufordern, weitere Waffen zu übergeben. Reichert stimmt der Regierung zu, die strikt gegen ein „Zurückkaufen“ von Waffen ist. Eine Rückgabe könne nur auf freiwilliger Basis geschehen. Daneben sollten die Mitarbeiter der Katholischen Kirche die Mitarbeiter der anderen Kirchen bitten, mit ihnen zusammen zu arbeiten. Ziel der Aktion ist es, Nutznießer einer Gesellschaft ohne Waffen und Gewalt zu sein. (National 28.01.03)

PNG ohne MAF unvorstellbar

Der schwache Kina bereitet der „Missionary Aviation Fellowship“ (MAF) große Sorgen. Musste schon 2002 die Zahl der Flugzeuge um vier auf zwanzig und die Zahl der Stationen um fünf auf neun verringert werden, so droht Ende diesen Jahres ein Verkauf von fünf oder sechs

Flugzeugen und die Verringerung um eine oder zwei Stationen. MAF fliegt seit 51 Jahren in PNG und hat 1980 Luther Air, die Fluggesellschaft der ELC-PNG, übernommen. Missions- und Kirchenarbeit ist ohne diese kleine und nicht profitorientierte Fluggesellschaft kaum denkbar. Sie verbindet die abgelegenen Gegenden mit den Zentren im Land. Manche kirchliche Arbeit könnte ohne MAF nicht durchgeführt werden, wie z.B. die Operation-Camps der Ärzte des kirchlichen Krankenhauses Butaweng in straßenlosen Gebieten. Manche Schwerkranke verdanken ihr Leben MAF und seinen Piloten, die zu den best ausgebildetsten und zuverlässigsten der Welt gehören. MAF-Australien – MAF-Papua-Neuguinea gehört dazu – hat nur ein Spendenaufkommen von 5 % (zum Vergleich: MAF-USA und Europa 50 – 60 %). Zusätzliche Einnahmen werden durch kommerzielle Flugleistungen, z.B. den Transport von Handelsgütern, Kaffee und landwirtschaftlichen Erzeugnissen erzielt. Viele Menschen in PNG sind auf die MAF angewiesen. Tausende von Passagieren und viele Tonnen von Gütern werden jährlich mit MAF transportiert. Das Missionswerk Bayern unterstützt augenblicklich MAF-PNG durch den Piloten Volkher Jacobsen. Die Entsendung eines weiteren Piloten ist geplant. (MAF-Information Dezember 2002, eigene Meldung)

AUS ANDEREN LÄNDERN

AUSTRALIEN

Kirchenkaffee mit großer Wirkung

Einmalig in der ökumenischen Geschichte ist die Anerkennung der lutherischen Gemeinde St. Peters in Frankston durch die Uniting-Church-Gemeinde (UCG) in Karingal, wie auch umgekehrt. Die beiden im Bundesstaat Victoria beheimateten Gemeinden werden jetzt vom lutherischen

Pfarrer Peter Ghalayini betreut. Die Beziehung der beiden Gemeinden begann im letzten Jahr, als die lutherische Gemeinde ihre Kirche verkaufte und sich in der Kirche der Uniting Church einmietete, um dort ihre Gottesdienste zu feiern. Während des gemeinsamen „Kirchenkaffees“ entwickelte sich bald eine warmherzige Beziehung zueinander. Dabei wurden auch die Probleme der Gemeinden besprochen. Das Problem der UC-Gemeinde war die Bezahlung ihres Pastors, das der Lutherischen Gemeinde die Unterhaltung der Gebäudes. Aus diesen Gründen wurden die jeweiligen Kirchenleitungen angesprochen, die eine „Deklaration der gegenseitigen Anerkennung“ formulierten (Document of the Uniting/Lutheran Dialogue). Der Installation von Pastor Peter Ghalayni folgte ein „Ritus der gegenseitigen Anerkennung“. Demnach akzeptiert die UCG Pastor P. Ghalayni als ihren Seelsorger in Karingal, was die Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung einschließt. In der Liturgie sind Elemente beider Kirchen eingearbeitet. Dadurch kommen Traditionen von beiden Kirchen zu Wort, was die Einheit in Christus stärkt. Beide Gemeinden haben an den eingeführten Neuerungen Gefallen gefunden (auch wenn die Lutheraner von ihrem Recht Gebrauch machen, einige Lieder unbedingt zu singen). Die UCG stellt die Kirche und das Pfarrhaus, die Lutheraner den Pfarrer und die Einrichtung in der Kirche. „Es war der wunderbare Beginn einer neuen Beziehung. Wir schauen hoffnungsvoll in die Zukunft, um den Menschen um uns herum zu bezeugen, dass Kirchen zusammenarbeiten können“, so Pastor Ghalayini. (The Lutheran 09.12.2002)

Doug Kohn verstorben

Der ehemalige Leiter der bekannten Technischen Handwerker-Schule in Baitabag in der Nähe von Madang, Doug Kohn, verstarb am 17. Februar in Australien. Er wurde 1927 in New

South Wales geboren und reiste 1947 als einer der ersten „Kurzzeit-Missionare“ nach PNG aus. Von den Menschen und dem Land angetan, verbrachte er viele Jahre im Dienste der Mission. In Baitabag ausgebildete Zimmerleute waren im ganzen Land wegen ihres Könnens begehrt. Nach der Schließung hat er in Cairns (Queensland) die Urlauberwohnungen der Lutherischen Kirche verwaltet. *(eigene Meldung)*

IN EIGENER SACHE

Wechsel im PPO-Referat in Neuendettelsau

Pfarrer Dr. Traugott Farnbacher hat am 1. Februar das Referat Papua Neuguinea, Pazifik und Ostasien (PPO) beim Bayerischen Missionswerk in Neuendettelsau übernommen. Er tritt die Nachfolge von Pfr. Gernot Fugmann an, der über 15 Jahre dieses Referat geleitet hat. Der 49-jährige Farnbacher hat acht Jahre als Missionar und Dozent im Madang-Distrikt in PNG gearbeitet. Von 1997 an war er Assistent von Missionswerksdirektor Dr. Hermann Vorländer.

Der Verdienst Gernot Fugmanns ist es, dass die lutherischen Kirchen in der südasiatischen Region eng zusammenarbeiten. Gegenseitiger Respekt und gegenseitige Unterstützung zwischen den einzelnen Kirchen in der Region und den Partnerkirchen in Europa, Amerika und Australien kennzeichnen ihre Verbundenheit. Dadurch wurde eine Beteiligung der einzelnen Kirchen in der gemeinsamen Missionsverantwortung möglich. Während die asiatischen Kirchen mehr und mehr die Initiative übernahmen, haben die westlichen Kirchen sie dazu ermutigt und dabei unterstützt.

Das Mekong Mission Forum und das Regionale Kirchenbüro des Lutherischen Weltbundes sind dabei entstanden. Das Mekong Mission Forum ist eine Vereinigung der Lutheraner in Asien. *„Persönlich hat mich diese Arbeit*

sehr bereichert. Es war ein Privileg, diese Entwicklung mit zu erleben. Ich durfte asiatische Christen und Kirchenführer kennen lernen. Als Zeugen des auferstandenen Christus haben sie meinen Glauben inspiriert. Möge Gott sie weiterhin in ihrem Glauben stärken“, so der scheidende Referent. *(eigene Meldung, Asia Lutheran News, Januar/Februar 2003)*

Deutscher Sprecher neu gewählt

Als neuer deutscher Sprecher der evangelisch-lutherischen Missionare in PNG wurde Martin Krieg, Lae, gewählt. Er tritt die Nachfolge von Karl-Heinz Kunder, Kainantu, an. Stellvertreterin wurde Christiane Lisske, Madang. Vorher hatte Renate Dörfer, Amron, dieses Amt inne. *(eigene Meldung)*

PAZIFIK ALLGEMEIN

Kindersoldaten auch im Pazifik

Köln/Bangkok: Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF hat an Regierungen und Rebellengruppen in Asien und dem Pazifik appelliert, die Rekrutierung von Kindersoldaten zu stoppen und den Kindern bei der Rückkehr in ein normales Leben zu helfen. Ein Viertel, also rund 70.000 der weltweit 300.000 Kindersoldaten, sind in der Region tätig, erklärte das UN-Hilfswerk Ende letzten Jahres bei der Vorstellung der Studie „Adult Wars, Child Soldiers: Voices of Children“. Die Studie basiert auf Interviews mit 69 (auch ehemaligen) Kindersoldaten in den Ländern Kambodscha, Osttimor, Indonesien, Myanmar, Papua-Neuguinea und den Philippinen. Nach der Studie war der jüngste rekrutierte Soldat sieben Jahre

alt, das Durchschnittsalter der Interviewten liegt bei 13 Jahren. Die Konvention über die Rechte der Kinder von 1990 nennt 15 Jahre als legales Mindestalter für die Rekrutierung, eine optionale Klausel im Vertragsdokument verhindert die Rekrutierung von unter 18-jährigen für die Austragung bewaffneter Konflikte. Seit Februar 2002 ist diese Option in der Konvention zur Ratifizierung freigegeben, bisher haben in der Region jedoch nur die Philippinen und Vietnam das Zusatzprotokoll ratifiziert.

Die Geschäftsführerin von UNICEF, Carol Bellamy, sagte, die Rekrutierung von Kindersoldaten sei eine illegale und unmoralische Praxis, die in einer zivilisierten Gesellschaft keinen Platz habe. Sie rief dazu auf, die Kinder aus den Armeen zu holen, sie bei der Integration in ein normales Leben zu unterstützen und ihnen bei der Aufarbeitung von Traumata zur Seite zu stehen. In Asien und dem Pazifik gäbe es keine ausreichende psychosoziale Betreuung von Kindern in post-conflict-Situationen, bemängelte Bellamy. Man müsse sich vor allem der Mädchen annehmen, die zwar in selteneren Fällen in Kampfhandlungen eingesetzt würden, dafür aber als Sexsklavinnen, Trägerinnen, Kuriere und Dienerinnen missbraucht würden.

Bellamy ermahnte den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zur Gründung einer „culture of accountability“, also zu einer Kultur der Verantwortlichkeit. Diejenigen Staaten, die nach wie vor Kinder zu Kriegsdiensten zwängen, müssten endlich dafür verantwortlich gemacht werden. *(UNICEF Press Centre 30.10.02, 14.01.03, epd 31.10.02)*

Erster Erfolg für Atomtestgegner

Toulon: Die Familie des 1999 verstorbenen Atomtestveteranen François Janas hat vor dem Militärgericht im französischen

Toulon Recht bekommen. Die beiden Töchter des Verstorbenen hatten auf die Auszahlung der Rente ihres Vaters in voller Höhe (100%) geklagt, da Janas als Folge eines beruflichen Einsatzes für den französischen Staat ums Leben gekommen war. Janas war am 11. September 1999 an Leukämie gestorben, nachdem er als Marinesoldat 1968 drei Monate und zwischen 1969 und 1971 auf Schiffen gedient hatte, die in Atomtestversuche auf den Atollen Moruroa und Fangataufa involviert waren. Er war für die Entsatzungsanlage auf den Schiffen zuständig und kam so in direkten Kontakt mit atomar verseuchten Meerwasser.

François Janas erkrankte 1991 an Blutkrebs und verlangte Einsicht in seine Gesundheitsakten, die ihm jedoch verweigert wurde. 1996 wurde ihm die Pension für die Berufsunfähigkeit (sogen. Invalidenrente) entzogen, da nicht nachprüfbar war, ob die Leukämie durch die radioaktive Strahlung ausgelöst worden war. Daraufhin gingen die Töchter nach Ableben ihres Vaters vor Gericht. Das gab nun zu, die Leukämie könne durch Janas Beteiligung an Atomtests ausgelöst worden sein, deshalb müsse die Invalidenrente an seine Nachkommen ausgezahlt werden.

Das Urteil des französischen Gerichtes wurde von Atomtest-Veteranenvereinigungen auf der ganzen Welt gefeiert. Die neuseeländische Vereinigung der Veteranen von Fiji begrüßte den Entscheid. 300 fijianische Soldaten hatten 1957 und 1958 bei der „Operation Grapple“ auf den Inseln Christmas und Malden an Atomtests der Briten teilgenommen. Sie wollen nun vor dem britischen Gerichtshof auf Kompensationen für Gesundheitsschäden klagen.

Die französische Atomtestveteranenvereinigung AVEN äußerte sich ebenfalls zufrieden über das Urteil. Die Atomtestveteranenvereinigung „Moruroa e tatou“ in Französisch-Polynesien forderte

erneut die Öffnung der Gesundheitsakten ehemaliger Arbeiter und die Anerkennung von Krebskrankheiten als Folge der Teilnahme an Atomtests. (*Moruroa e tatou* 28.01.02, *New Zealand Herald* 08.02.03, *Flash d'Océanie* 18.02.03)

NFIP-Konferenz verabschiedet Resolution

Tonga: Die „Bewegung für einen unabhängigen und nuklearfreien Pazifik“ (Nuclear Free and Independent Pacific, NFIP) hat vom 18. bis zum 24. Januar ihre neunte Konferenz durchgeführt. Gastgeber für die TeilnehmerInnen aus 28 Ländern war in Nuku'alofa die tonganische „Bewegung für Menschenrechte und Demokratie“. Das Pacific Concerns Resource Centre aus Suva/Fiji, das Sekretariat des NFIP, hat Anfang Februar das „Tonga Communiqué“ herausgegeben, ein Thesenpapier, auf das sich die Delegierten während der siebentägigen Konferenz geeinigt hatten.

In dem Papier heißt es u.a., die Teilnehmer der Konferenz würden sich in einer gewaltfreien Revolution auch weiterhin für den Frieden in ihrer Region einsetzen und ihre fundamentalen Rechte der Selbstverteidigung wahrnehmen, um sich in jeder Konfliktsituation zu schützen: *„We declare that our approach is one of a non-violent revolution to regain our peaceful Pacific and we will be alert at all times to exercise our fundamental right to self-defense and protection in any conflict situation.“*

Das 12-seitige Communiqué befasst sich mit jedem pazifischen Land und spricht u.a. folgende Themen an: Dekolonisierung, Transport und Lagerung von Atom Müll, Atomtestvergangenheit, Nutzung des Pazifiks für militärische Zwecke (Guam, Kwajalein), politische Selbstbestimmtheit (Kanaky, Westpapua, Molukken, Tahiti/Te Ao Maohi, Rapa Nui).

Es fordert des weiteren von allen Partnerorganisationen auf regionaler und überregionaler Ebene, den Pazifik nicht länger als kleine verstreute Inselstaaten anzusehen, sondern als den größten Kontinent der Erde. Das Communiqué wendet sich gegen Korruption und Misswirtschaft sowie gegen den wirtschaftlichen und kulturellen Einfluss ehemaliger und aktueller Kolonialstaaten auf Traditionen und Kulturen Ozeaniens. Im Thesenpapier werden auch globale Themen wie AIDS, Klimawandel, zunehmende Globalisierung, Tourismus und gender-Fragen angesprochen. Das Communiqué betont mehrfach die Bedeutung des kolonialen Fremdeinflusses auf die Region und fordert vehement das Recht auf Selbstbestimmtheit über das soziale, kulturelle, wirtschaftliche und politische Leben in den Inselstaaten: *„We condemn the continous colonial mentality used in this 21th century...“*

Eindringlich fordern die Unterzeichner die Abschaffung aller Nuklearwaffen, die Demilitarisierung des Pazifiks und die Säuberung militärisch genutzter Atolle und Inseln. (*Tonga Communiqué* 06.02.03, *Presstexte PCRC* 06.02., 10.02.03)

20 Jahre Seerechtskonvention

New York: Im Dezember vergangenen Jahres feierten die Vereinten Nationen (UN) in New York das 20-jährige Jubiläum der Seerechtskonvention („Convention on the Law of the Sea“). Der Vertrag war nach neunjährigen internationalen Verhandlungen am 10. Dezember 1982 in Montego Bay (Jamaika) zur Unterzeichnung freigegeben worden. Innerhalb weniger Tage hatten bereits 119 Länder unterschrieben. Am 16. November 1994 trat der Vertrag in Kraft. Heute haben ihn 157 Staaten mit ihrer Unterschrift ratifiziert.

Die Seerechtskonvention behandelt das allgemeine Seerecht

(Schifffahrt, Fischerei), den Tiefseebergbau, den Meeresumweltschutz, die wissenschaftliche Meeresforschung und den Transfer von Meerestechnologie. Seit Oktober 1996 wacht in der Villa Schröder in Hamburg der „Internationale Seegerichtshof“ über die Einhaltung der Konvention.

Ausgangspunkt der Seerechtskonvention war 1967 der Vorschlag, auf die neue Nutzungsdimension „Tiefsee“ mit dem Ordnungsgedanken des Konzeptes vom „gemeinsamen Erbe der Menschheit“ (common heritage of mankind) zu reagieren. Mit der 1982 geschlossenen Konvention wurde das „Genfer Übereinkommen über die Hohe See“ von 1958 kodifiziert und weiterentwickelt.

Die Aufteilung der Randzonen der Meere um Kontinente und Inseln führte zu einem großen Flächengewinn der rund 45 Küstenstaaten, da ihnen die sogenannte „Exklusive Ökonomische Zone“ (EEZ), ein Wirtschaftsgebiet von 200 Seemeilen rund um die Küstenlinien, zugesprochen wurde. Dies führte in gewisser Weise zu einer Einschränkung des Grundsatzes von der „Freiheit der Meere“, wie er noch im Genfer Übereinkommen verankert war. Die größte Wirtschaftszone in den Meeren gehört den USA. Zu den Ländern mit den zehn größten EEZ gehört im pazifischen Raum die Republik Indonesien mit ihren etwa 17.000 Inseln.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, sprach bei der Jubiläumsfeier von einem „Meilenstein im internationalen Recht“. In einer Welt voller Unsicherheiten sei es ein großer Erfolg, diesen Vertrag über den Schutz eines Elementes geschlossen zu haben, das Völker verschiedener Nationen seit Jahrhunderten nutzten, sagte er in New York vor der UN-Generalversammlung. Im Zeitalter der Überfischung und zunehmenden Meeresverschmutzung

habe die Seerechtskonvention nach wie vor hohe Aktualität. Annan forderte alle noch fehlenden Staaten zur Ratifizierung des Vertrages auf.

(<http://www.oceanlaw.net/texts/losc.htm>, UN Press Release 09.12.02, Dieter Nohlen: *Lexikon der Dritten Welt*, 1993:344f.)

Debatte um Kava-Verbot

Deutschland: Im Juni 2002 hatte das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) kava- und kavainhaltigen Arzneimitteln die Zulassung in Deutschland entzogen. Das BfArM meinte einen Zusammenhang zwischen der Einnahme von Kava (lat. *piper methysticum*) und schweren Leberschäden (mit Todesfolge) festgestellt zu haben. Dem deutschen Verbot schlossen sich andere europäische Länder und die USA an. Damit brach der Markt in den Kava-exportierenden Ländern Fiji, Vanuatu, Tonga und Samoa zusammen. Durch den Imageschaden hat die Nachfrage nach Kava abgenommen, dies wiederum führte zu einem Preisverfall auf den regionalen und nationalen Märkten. Viele Kleinbauern mussten hohe Einkommensverluste in Kauf nehmen. So verdiente Fiji in den letzten drei Monaten des Jahres 2001 noch 1,4 Millionen Fiji-Dollar (ca. 655.000 Euro) durch Kava-Exporte nach Deutschland und die USA. In den ersten drei Monaten des Jahres 2002 waren die Exporteinnahmen auf 323.000 Fiji-Dollar (151.000 Euro) gefallen, das entspricht Umsatzeinbußen von 75 %. In Vanuatu fielen die Einnahmen im gleichen Zeitraum von 174 Millionen Vatu (1,25 Mio. Euro) auf 42 Millionen Vatu (301.800 €).

Die deutsche Nichtregierungsorganisation Germanwatch beklagt Versäumnisse beim Widerruf der Kava-Arzneimittel. Die betreffenden pazifischen Länder seien vorab nicht über das bereits im November 2001 vom BfArM eingeleitete Verfahren zum Widerruf

der Arzneimittel informiert worden. Dann hätten sie sich auf ein drohendes Verbot einstellen können und einen Teil des wirtschaftlichen Schadens verringern können. Germanwatch kritisiert aus handelspolitischer Perspektive die Vorgehensweise des BfArM. Die Verfahrensgrundsätze für die Setzung von Standards, wie sie in dem Abkommen über technische Handelshemmnisse (das sogenannte „TBT-Abkommen“) der Welthandelsorganisation WTO festgeschrieben sind, seien missachtet worden. Nach diesem Abkommen sind Mitgliedsländer der WTO verpflichtet, geplante technische Standards bei der WTO zu notifizieren, und zwar in einem angemessenen Zeitraum vor der Einführung des Standards. Eine Notifizierung des Widerrufs der Zulassung von kavahaltigen Arzneimitteln ist nicht erfolgt. Dies bewertet Germanwatch als Verletzung der WTO-Vereinbarungen. Die Gesundheit der Bevölkerung hätte man auch durch eine Verschreibungspflicht schützen können, argumentiert Uli Kleinwechter von Germanwatch. So hätte man den wirtschaftlichen Schaden für die pazifischen Länder abwenden können.

Germanwatch ist eine unabhängige und überparteiliche Nord-Süd-Initiative. Sie setzt sich dafür ein, die bundesdeutsche Politik am Leitbild der Zukunftsfähigkeit für Süd und Nord auszurichten. Damit neue Chancen für eigenständige Entwicklungswege in Entwicklungsländern entstehen, fördert die Initiative die Bereitschaft der deutschen Bevölkerung zu notwendigen Strukturveränderungen. (Uli Kleinwechter in *epd* 23/24, 2002, *Tischvorlage Kleinwechter*, <http://www.Germanwatch.org>, www.abc.net.au/asiapacific/focus 22.11.02)

Hilfe für Osttimor

Berlin: Bei einem Gespräch zwischen der deutschen Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) und dem

Außenminister von Osttimor, Friedensnobelpreisträger José Ramos-Horta, Ende vergangenen Jahres in Berlin kündigte Ministerin Wieczorek-Zeul die Aufnahme der Entwicklungshilfe für den jüngsten Staat der Welt an. Die Phase der unmittelbaren Not- und Wiederaufbauhilfe gehe nun in eine normale Zusammenarbeit mit der ehemaligen portugiesischen Kolonie über, erklärte Zeul. Bereits in 2002 waren die Entwicklungshilfegelder für Timor Loro Sa'e (Land der aufgehenden Sonne) von 8,8 auf 14,8 Millionen Euro erhöht worden. Mit den Geldern hat die Bundesregierung vor allem die Rückkehr von rund 100.000 nach Westtimor geflohenen Menschen unterstützt. In diesem Jahr sollen mit den deutschen Geldern die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung verbessert werden.

Seit 1975 war Osttimor als Provinz „Timor Timur“ von Indonesien okkupiert worden. Auf das Referendum zur Unabhängigkeit im August 1999 folgten grausame Racheakte pro-indonesischer Milizen, denen 1.000 Menschen zum Opfer fielen. Rund 250.000 Menschen waren vor den Gewalttaten der Milizen nach Westtimor geflohen. Die meisten von ihnen sind inzwischen in ihre alte Heimat zurückgekehrt. Die in Westtimor verbleibenden 30.000 Menschen gelten seit dem 1. Januar 2003 nicht mehr als offizielle Kriegsflüchtlinge. Das gab das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR bekannt. (epd 02.12.02, UN Wire 31.12.02, <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/tt.html>)

20 neue Arten entdeckt

Rapa: Ein internationales Forscherteam hat auf der polynesischen Insel Rapa 20 neue biologische Arten in der Unterwasserwelt entdeckt. 14 Biologen unter Leitung von Professorin Claude Payri von der Universität von Französisch-Polynesien

(UFP) verbrachten sechs Wochen auf der entlegenen Insel südlich des Tubuai-Archipels in Französisch-Polynesien. Das Team mit Biologen aus Frankreich, von der italienischen Universität Genua und vom Smithsonian Institut aus Washington/USA erforschte Algen, Korallen und Fische und stieß dabei auf bisher unentdeckte Arten. 20 der entdeckten 150 Spezies sind bisher in Französisch-Polynesien nicht bekannt, einige Arten sind komplett neu und weder benannt noch klassifiziert. Professorin Payri sagte, rund um Rapa gäbe es 430 Arten von Fischen. Diese hohe Zahl ergäbe sich durch die Lage der Insel an der Grenze der tropischen Zone der Südhalbkugel.

Rapa ist eine 42 Quadratkilometer große Vulkaninsel. Auf dem 650 m hohen erloschenen Vulkan Kunia befindet sich eine internationale Wetterstation. Auf der Insel leben 500 Menschen. (Tahiti-presse und PIR 09.01.03, www.wunderground.com/global/stations/91958.html)

Deutsches Team findet Vulkankette

Tonga: Ein Team deutscher Wissenschaftler von den Universitäten Kiel und Freiberg hat vor der tonganischen Küste eine Kette von 20 Unterwasservulkanen entdeckt. Die Vulkane befinden sich 200 Kilometer südlich der Insel Ata. In 1,8 Kilometer Wassertiefe erheben sich die zum Teil noch aktiven Vulkane zu einer Höhe von mehr als 1.000 Metern.

Das deutsche Team gehörte zu einem internationalen Forschungsteam mit Wissenschaftlern aus Kanada, Frankreich, Neuseeland und Tonga. Bei den Kartierungen und Vermessungen des Meeresbodens stießen die Geologen auch auf Bodenschätze, u.a. auf Gold. Ein Ausbruch der Vulkane sei sehr unwahrscheinlich, erklärte Dr. Ulrich Schwarz-Schampera vom Lehrstuhl für Lagerstättenlehre und Petrologie an der

Technischen Universität Freiberg. Bei einem Ausbruch würde allerdings eine Riesenflutwelle ausgelöst, die das gesamte tonganische Archipel überfluten würde. (PIR 06.02.03, <http://www.mineral.tu-freiberg.de>)

Pazifik anfällig für Terror

Fiji: Bei einer Konferenz zur regionalen Sicherheit im fijiischen Suva bemerkte die australische Hochkommissarin Susan Boyd, die pazifischen Länder hätten keine ausreichenden Gesetze zum Schutz gegen internationalen Terrorismus und fundamentalen Islamismus. Zur Konferenz hatten sich regionale Rechtsorganisationen getroffen, um über die allgemeine Sicherheitslage im Pazifik zu diskutieren. Die Gesetze der meisten pazifischen Länder sähen keine Regeln im Umgang mit Terror und Gewaltakten vor, sagte Boyd. Angesichts der Anschläge von Bali könne man nicht mehr so naiv sein zu glauben, die relative geographische Isoliertheit der Region schütze vor Terroranschlägen. (Radio New Zealand 25.02.03)

BRENNPUNKTE
INDONESIEN/WESTPAP
UA

Illegalen Holzhandel stoppen

Indonesien hat im Dezember 2002 mit China ein Memorandum of Understanding (MoU) unterzeichnet, das die illegalen Importe von indonesischem Holz nach China unterbinden soll. Zur Zeit werden insbesondere Merbau-Hölzer (lat. *Intsia spp.*) aus Westpapua illegal nach China ausgeführt. Merbau ist ein hartes,

weinrotes bis braunes Kernholz, das wegen seiner Eleganz gerne für die Produktion hochwertiger Möbel benutzt wird.

Experten gehen davon aus, dass China nach Malaysia der zweitgrößte Importeur von illegalem indonesischen Rundholz ist. Ein Abkommen zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags und des illegalen Holzhandels hatte Indonesien unter Forstminister Mohamad Prakosa im Juni 2002 ebenfalls mit Malaysia geschlossen. Fachleute meinen, dass die malaysische Sperrholzindustrie zum größten Teil von illegalen indonesischen Importen abhängt. Rund 13 % aller in den G8-Staaten (Frankreich, Kanada, Deutschland, Italien, Russland, Japan, USA, Großbritannien), und China importierten Holzprodukte stammen aus illegalem Holzeinschlag, das sind mindestens 53 Mio. Kubikmeter. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des World Wide Fund for Nature (WWF).

Der Raubbau an den Wäldern könne nur gestoppt werden, wenn die importierenden Staaten verbindliche Richtlinien für einen verantwortungsvollen Holzimport erlassen. Es sei Aufgabe der G8, hier Farbe zu bekennen, heißt es in dem WWF-Bericht. Transparenz im Handel sei der erste Schritt, um eine nachhaltige Holzwirtschaft voranzutreiben, fordert die Umweltorganisation.

Die WWF-Studie konzentriert sich auf China und die G8-Staaten, da diese Länder zwei Drittel des weltweit exportierten Holzes entweder als Rohmaterial oder in verarbeiteter Form (Möbel, Esstischchen oder Papier) verbrauchen. Der Bericht nennt als die Hauptquellen für Holz aus illegalen Einschlägen Teile Russlands und Indonesiens, dort könne man davon ausgehen, dass zwischen 60 % und 80 % der Bäume illegal gefällt werden. Nach Einschätzung von Umweltexperten sind in den letzten Jahren in Indonesien jährlich zweieinhalb bis drei Millionen Hektar

Wald verloren gegangen. Diese Fläche ist ungefähr so groß wie das Bundesland Brandenburg. Am schlimmsten ist Kalimantan betroffen, der indonesische Teil der Insel Borneo. 70 % dieser Millionen Hektar werden illegal abgeholzt. (*Holz-Zentralblatt online* 22.03.02, 24.06.02, 07.01.03, taz 23.01.03, www.wohngesund.at/holz/merbau.htm, DTE-newsletter 02/03)

Aufteilung in drei Provinzen

Die indonesische Präsidentin Megawati Sukarnoputri hat die Aufteilung der Provinz Papua (Westpapua) in drei Provinzen erlassen. Gegen die Entscheidung der Präsidentin haben der Gouverneur von Papua, die lokale Golkar-Partei, die Studentenvereinigung und die Religionsführer protestiert. Auch die Menschenrechtsorganisation ELSHAM schloss sich dem Protest an. Die Teilung Papuas werde zu schweren innergesellschaftlichen Konflikten führen, sagte ein Elsham-Sprecher. Er rief zu einem Dialog mit der Bevölkerung Papuas auf. Auch das Pacific Concurs Resource Centre aus Suva/Fiji wandte sich in einer Presseerklärung gegen die Aufteilung des Landes. Die Indonesier versuchten in rassistischer und kolonialistischer Weise, ihre Politik des „divide e impera“ (teile und herrsche) durchzusetzen.

Der Minister für Sicherheit und Politik, Bambang Yudhoyono, erklärte, die Aufteilung in drei Provinzen widerspreche nicht der Rechtslage. Auch an dem Gesetz zur Sonderautonomie für Papua könne juristisch festgehalten werden.

Der Präsidentenerlass bezieht sich auf ein Gesetz aus dem Jahr 1999 (Nr. 45/1999), das noch von der Regierung unter Präsident Habibie durchgedrückt wurde.

Im Erlass 1/2003 wird die Bildung von drei neuen Provinzen namens „West-Irian-Jaya“ „Central Irian-Jaya“ und „Mittel-Irian-Jaya“ verfügt. Es sollen Grenzen fest-

gelegt werden, eine Verwaltung aufgebaut werden, Gouverneure ernannt und Provinzparlamente eingerichtet werden. Unklar ist, warum die im Gesetz zur Autonomie in „Papua“ umbenannte indonesische Provinz nun wieder „Irian Jaya“ heißen soll.

In einer ersten Reaktion hat sich in der Stadt Manokwari die Provinz „West-Irian-Jaya“ gegründet. Der bereits in Rente versetzte Alt-Gouverneur Abraham Atururi eröffnete im Beisein der gesamten Bürokratie ein neues Gouverneursbüro und enthüllte eine Tafel mit der Inschrift „Büro des Gouverneurs von West-Irian-Jaya“.

Der Präsidentenerlass bleibt umstritten, bisher wurde er noch nicht offiziell von der Regierung durchgesetzt. In Westpapua fanden kurz hintereinander Demonstrationen für und gegen die Aufteilung des Landes statt. Generell steht einer Aufteilung in drei Provinzen in der Zukunft wenig entgegen. Eventuell könne diese Aufteilung sogar die soziale und wirtschaftliche Lage der Bevölkerung verbessern, wie Landeskenner meinen. (*WP Netzwerk E-Info* 06.02., 14.02., 25.02.03, *Jakarta Post* 10.02.03, *PCRC* 06.02.03)

Theys Eluay wurde ermordet

Ein Offizier der Sondereinsatzkräfte Kopassus hat zugegeben, dass einer seiner Untergebenen den Führer der papuanischen Unabhängigkeitsbewegung und Vorsitzenden des Papua-Präsidiums, Theys Hiyo Eluay, am 10. November 2001 erdrosselt hat. Oberstleutnant Hartomo sagte vor dem Militärgericht aus, der Gefreite Ahmad Zulfahmi habe Theys erstickt, als dieser sich geweigert habe, seine Pläne zum weiteren Kampf für die Unabhängigkeit Papuas aufzugeben.

Hartomo ist einer von sieben Soldaten, die sich vor dem Militärgericht wegen Eluays Tod verantworten müssen. Er wies

jede Mitschuld mit der Begründung von sich, der Gefreite habe ihn erst am nächsten Morgen über den Vorfall informiert. (*Missionary Service News Agency, New York Times, 05.02.03*)

Deutscher verurteilt

Jakarta: Ein deutscher Kameramann arabischer Herkunft ist vom Distriktgericht in Südjakarta zu einer Haftstrafe von zehn Monaten verurteilt worden. Seyam Reda war mit einem Touristenvisum nach Indonesien eingereist, hatte jedoch in den Unruheprovinzen Poso (Zentralsulawesi) und in Ambon auf den Molukken berufliche Videoaufnahmen gemacht. Das Gericht sprach den Kameramann schuldig, die Visumsbedingungen verletzt zu haben. Angebliche Verbindungen zum Terrornetzwerk al-Quaeda konnten dem Journalisten jedoch nicht nachgewiesen werden. (*Jakarta Post 17.01.03*)

BERICHTE AUS DEN INSELSTAATEN

MELANESIEN

14 Tote durch Wirbelstürme

Fiji: Der tropische Wirbelsturm „Ami“ hat auf den Fiji-Inseln 14 Menschen das Leben gekostet. Der Sturm war über den Norden und Osten der Inselkette hinweggerast und hatte eine Spur der Zerstörung hinterlassen. Die Wasser- und Stromversorgung auf der Insel Vanua Levu brach zusammen. Das Rote Kreuz und andere Hilfsorganisationen lieferten Trinkwasser und Nahrungsmittel in die betroffenen Regionen, vor allem in die Stadt Labasa, die komplett von der Versorgung mit frischem Wasser

abgeschnitten war. Ersten Schätzungen der fijiischen Regierung und der Hilfsorganisationen zufolge belaufen sich die Sturmschäden auf eine Höhe von 30 Millionen Euro.

Französisch-Polynesien hat als Katastrophenhilfe Hilfsgüter in Höhe von einer halben Million US Dollar nach Fiji und die Salomonen gesandt. Auf dem Frachtschiff „Tahiti Nui“ wurden 344 Tonnen Lebensmittel und 120 Trinkwassercontainer in die betroffenen Gebiete verschifft.

Wirbelstürme, auch Hurrikane genannt, sind die zerstörerischsten Orkane der Erde. Tornados, obwohl nur ein Hundertstel so groß wie ein Hurrikan und von höchstens drei Minuten Dauer, erreichen sogar noch vernichtendere Sturmgeschwindigkeiten. Zwar sind nur 2 % wirkliche "Todestornados", doch lassen sie einen Streifen der Vernichtung zurück, der einige hundert Meter breit und bis zu 160 km lang sein kann.

Tropische Stürme werden nur dann als Wirbelstürme bezeichnet, wenn sie mindestens eine Windgeschwindigkeit von 120 km/h erreichen. „Ami“ erreichte eine Spitzengeschwindigkeit von 185 km/h.

Jede tropische Region hat ihren eigenen Namen für die gefährlichen Orkane. Im atlantischen und östlichen pazifischen Ozean werden sie Hurrikane genannt, im westlichen Pazifik heißen sie Taifune, auf den Philippinen spricht man von Baguios und an den Küsten des Indischen Ozeans von Zyklonen.

Hurrikane können sich nur über tropischen Ozeanen mit einer Mindesttemperatur von 27° C entwickeln. Die erwärmte Luft steigt in Form einer Spirale auf. Um das windstille, wolkenfreie Zentrum („Auge“) wirbeln riesige Kumuluswolken, aus denen Blitze zucken und wolkenbruchartig heftige Schauer niederprasseln. Rings um das normalerweise 30-40 km breite Auge heulen die alles mitreisenden Orkane. Je enger das Auge und je größer

der Luftdruckunterschied zwischen dem Auge und der Umgebung ist, um so extremer sind die Windstärken. Die Intensität der Hurrikane kann sehr unterschiedlich sein. Meteorologen benutzen eine Skala von 1 (minimal) bis 5 (katastrophal) zur Klassifizierung des Zerstörungspotentials.

Es ist nach wie vor schwierig, die Stärke und die Zugstraße eines Hurrikans vorherzubestimmen. Obwohl es seit den 70er Jahren mit Hilfe der Satellitenüberwachung möglich ist, die betroffenen Gebieten meist noch rechtzeitig zu warnen, können häufig nicht alle Bewohner in Sicherheit gebracht werden.

Eine Warnung der Bevölkerung hatte am 28. Dezember vorigen Jahres Todesopfer verhindert, als Zyklon „Zoé“ über die Inseln Tikopia und Anuta (Salomonen) fegte. Die 1.300 Bewohner der Inseln hörten die Warnung über das Radio und konnten sich rechtzeitig in Höhlen und auf den Hängen erloschener Vulkane im Landesinneren in Sicherheit bringen. Zwei Männer wurden verletzt. „Zoé“ raste mit einer Geschwindigkeit von 360 km/h über die Inseln und brachte sechs Meter hohe Wellen mit sich. Einem Reporter der deutschen Illustrierten „Stern“ gegenüber, der als einer der Ersten nach dem Sturm das fünf Quadratkilometer kleine Tikopia besuchte, erklärten die Einheimischen, Zoé sei seit Menschengedenken der schwerste Wirbelsturm gewesen.

Die Ende Januar über den Salomonen und Neukaledonien auftretenden Wirbelstürme „Beni“ und „Cilla“ waren mit 100 km/h relativ schwach und richteten keinen größeren Schaden an.

Das gehäufte Auftreten tropischer Wirbelstürme im zentralen Pazifik führen Experten auf das El Niño-Wetterphänomen zurück. Unter El Niño verstehen Klimatologen Veränderungen des weltweiten Wetters als Folge einer Erwärmung des Wassers im tropischen östlichen Pazifik.

Die Intensität dieses Phänomens war im vergangenen Jahrhundert höher als in den gesamten 130.000 Jahren zuvor. Das hat ein internationales Forscherteam aus Ablagerungen von uralten Korallenriffen in Papua-Neuguinea (PNG) abgelesen. Das Team um Alexander Tudhope von der Universität Edinburgh (Schottland) untersuchte die Korallenriffe auf der Huon-Halbinsel. Diese gehört zu einer Region von PNG, die durch tektonische Bewegungen langsam und terrassenförmig nach oben geschoben wird. Man fand dort 130.000 Jahre alte Korallen. Mit der Analyse ihrer Isotope (Atomsorten) und der chemischen Zusammensetzung erhielt das Forscherteam 14 klimatologische „Fenster“ mit Einblick in die Klimageschichte der letzten 130.000 Jahre. Die Daten sollen die Frage klären, ob der Ausstoß von Treibhausgasen und die globale Erwärmung Einfluss auf die Stärke von El Niño haben. Ein erstes Ergebnis liegt bereits vor: Demnach waren die El Niño-Erscheinungen in den Jahren 1982 - 1983 und 1997 - 1998 am heftigsten von allen bisher erfassten. (Stern 09.01.03, GEO online 20.01.03, <http://www.wissen.de>, www.abc.net.au, Frankfurter Rundschau 28.11.02, Flash d'Océanie 15.01., 28.01.03, Pina Nius online 14.02.03)

Meuterer verurteilt

Fiji: 56 Soldaten sind von einem Standgericht in Suva zu Haftstrafen zwischen drei bis zehn Jahren verurteilt worden. Die Soldaten hatten einige Tage nach dem Putsch von George Speight vom 19. Mai 2000 eine Meuterei in der Sukanaivalu-Kaserne in der Stadt Labasa angezettelt, um ihre Solidarität mit dem Putschführer zu bekunden. Der amtierende Kommandeur der Kaserne, Frank Bainimarama, konnte mit seinen Leibwächtern durch einen Hinterausgang entkommen. Bei der anschließenden Schießerei zwischen den Meuterern und loyalen Soldaten starben zwei Men-

schen, acht weitere wurden verletzt.

Oberst Ilaisa Kacisolomone vom Standgericht verurteilte 54 Soldaten als Mittäter zu Haftstrafen zwischen drei und zehn Jahren. Die Anstifter der Meuterei, die vorgesetzten Leutnants Rupnei Vosayaco und Nemani Valeniyasana, erhielten lebenslängliche Haftstrafen. (Flash d'Océanie 29.01.03, PIR 30.01.03)

Indisches Diaspora-Treffen

Indien: Zu einem Kongress („Pravasi Bharatiya Divas“ - Gipfel) sind auf Einladung der indischen Regierung Vertreter der rund 20 Millionen Auslandsinder in der indischen Hauptstadt Delhi zusammengekommen. Indien möchte das wirtschaftliche Potenzial der indischen Diaspora im Ausland nutzen und versucht, einen Teil des Wohlstands zu repatriieren. In Delhi gaben sich Premierminister, Parlamentarier, Astronauten, amerikanische Filmmacher, Schriftsteller und fijianische Millionäre ein Stelldichein. Zum ersten Mal hatte das Außenministerium eine Zusammenkunft der „Non-Resident Indians“ und der „Persons of Indian Origin“ organisiert. Zwar machen diese sogenannten Auslandsinder nur 2 % der Milliardenbevölkerung ihres Mutterlandes aus, doch erreicht ihre Wirtschaftskraft von ca. 160 Milliarden US Dollar über 30 % des Bruttosozialproduktes von Indien.

20 Millionen Inder hatten in den letzten Jahrhunderten ihr Land verlassen, teils freiwillig als Emigranten oder Glücksritter, teils als Vertragsarbeiter für die Plantagen in den britischen Kolonien der Karibik und des Pazifiks. So waren im 19. Jahrhundert auch die ersten Inder aus Bengalen und Bihar als Arbeiter auf die Zuckerrohrplantagen nach Fiji gekommen. Von 1879 bis zum Ende der Anwerbung von Plantagenarbeitern im Jahr 1916 reisten 63.000 Inder ein. Gegenwärtig sind 44 % der 850.000 Einwohner der Fiji-Inseln indi-

scher Abstammung. Eine kleine Minderheit von Abkömmlingen ehemaliger Plantagenarbeiter hat es geschafft, zu „Zucker-Millionären“ aufzusteigen.

Ein Teilnehmer beim Gipfeltreffen war auch der ehemalige Premierminister von Fiji, Mahendra Chaudhry, der nach dem Coup von Mai 2000 u.a. wegen seiner indischen Herkunft gezwungen wurde, sein Amt niederzulegen. Chaudhry, dessen Name in der indischen Tagespresse „Chowdhury“ geschrieben wird, sagte bei seiner Ansprache, in Fiji würden die Auslandsinder diskriminiert und wegen ihrer Herkunft nicht an der Regierung beteiligt. Zwar seien sie stark im „business“, aber schwach im politischen Leben. Chaudhry erklärte weiter, Indu-Fijianer seien landlos, hätten keine in der Verfassung verbrieften Rechte und würden Opfer von rassistischen Diskriminierungen.

In der Regierung sitzt zur Zeit nur ein Indu-fijianischer Minister. Es handelt sich um den Minister für multi-ethnische Angelegenheiten, George Shiu Raj. Er widersprach den Anklagen Chaudhrys mit den Worten, es gäbe seit 120 Jahren auf grassroot-Ebene eine sehr gesunde Beziehung zwischen Indern und Fijianern.

Der Auslandsinder und Nobelpreisträger Amartya Sen begründete den großen wirtschaftlichen Erfolg seiner Landsleute im Ausland mit der „*außerordentlichen Fähigkeit, sich in einer oft feindlichen multikulturellen Umwelt anzupassen, als Minderheit seine Eigenarten zu behalten, ohne jene der Anderen in Frage zu stellen*“. (Neue Zürcher Zeitung 13.01.03, David Stanley: South Pacific Handbook, The Times of India 05.01.03, 10.01.03, Islands Business 02/03)

NPC-Mitarbeiter erschossen

Salomonen: Sir Fredrick Soaki, Mitarbeiter des Nationalen Friedensrates auf den Salomon-Inseln (National Peace Council,

NPC), ist Mitte Februar bei einem Einsatz von einem Unbekannten in einem Restaurant von Auki, der Hauptstadt der Insel Malaita, erschossen worden. Soaki war mit einem Team in Auki, um ein Programm zur Entlassung von 800 Polizisten zu unterstützen. Die Entlassung ist Teil des vom Entwicklungshilfeprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) vorgelegten Plans zur Entwaffnung der ehemaligen Kämpfer auf den benachbarten Inseln und zur dauerhaften Sicherung des Friedens. Das Programm zur Demobilisierung ehemaliger Kämpfer war im Friedensabkommen von Townsville festgeschrieben worden.

Der erst kürzlich vereidigte neue britische Polizeipräsident William Morrell sagte, der Prozess der Demobilisierung der Polizisten ginge wie geplant weiter. Morrell war Ende Januar aus Manchester/England, wo er als Vizepolizeipräsident tätig war, nach Honiara gekommen. Der Brite ist Kosovo-erfahren und soll nach Angaben der Vereinten Nationen eine entscheidende Rolle beim Wiederaufbau von Recht und Ordnung spielen. (*Radio New Zealand, Radio Australia 29.01., 11.02., 12.02.03*)

„Wan Smolbag“ ausgezeichnet

Vanuatu: Die in Vanuatus Hauptstadt Port Vila ansässige Nichtregierungsorganisation „Wan Smolbag Theatre“ ist vom „Islands Business Magazine“ mit dem Preis „Pacific People of the Year“ ausgezeichnet worden. Die Theatergruppe wurde vor 13 Jahren von Peter Walker gegründet. Zunächst spielten rund 15 Laienschauspieler Szenen aus dem Alltagsleben nach. Heute gehören 50 Mitarbeiter zum Theater, viele haben eine Grundausbildung in Schauspiel, Gesang und Tanz absolviert. Die Truppe ist bekannt für Einsätze in den Dörfern auf grassroot-Ebene.

In der Republik Vanuatu mit ihren 50 % Analphabeten nimmt die NRO eine wichtige Bildungsaufgabe wahr. Themen der in den Dörfern aufgeführten unterhaltensamen und lehrreichen Stücke sind z.B. AIDS und wie man sich davor schützen kann, oder der Schutz der Umwelt wie Regenwald und Korallenriffe.

(<http://www.pacificislands.cc/pm122002/pmdefault.cfm?articleid=27>)

Sportliche Kanaken

Kanaky/Neukaledonien: Mit 470 Sportlern wird Kanaky an den 12. Südpazifischen Spielen vom 28. Juni bis zum 12. Juli in Suva/Fiji teilnehmen. Insgesamt besteht die Delegation aus Noumeá aus 507 Menschen und ist damit die größte teilnehmende Nation. Man habe Athleten für 27 von 31 Disziplinen, sagte der Sprecher des Olympischen Komitees von Kanaky.

An den Spielen beteiligen sich 19 pazifische Länder, darunter Tahiti, PNG und die Föderierten Staaten von Mikronesien. Die meisten Athleten treten beim Tennis und beim Gewichtheben an. Beim Gewichtheben gelten in allen Gewichtsklassen die Athleten aus Nauru als Favoriten. Neben den „klassischen“ Sportarten werden auch Wettkämpfe im Auslegerkanu-paddeln ausgetragen.

Am Rande der sportlichen Aktivitäten wird es ein umfangreiches Kultur- und Musikprogramm geben. Musikbands wie die tahitische Gruppe „Fenua“ und die „Nuku Alofa-Band“ aus Wallis und Futuna werden erwartet. (*Oceania Flash 04.02.03, <http://www.spg2003.com>*)

MIKRONESIEN

Kwajalein bis 2066 verpachtet

Honolulu/Hawai'i: Am 16. Januar unterzeichneten in Honolulu der Außenminister der Marshall-Inseln, Gerald Zackios, und US-Unterhändler Al Short einen Vertrag über die weitere Nutzung des Kwajalein-Atolls (Marshall-Inseln) durch die Amerikaner. Der Pachtvertrag des Atolls sollte im Jahr 2016 auslaufen und wurde nun mit dem Abkommen bis zum Jahr 2066 verlängert. Das Abkommen enthält die Option auf eine weitere Pachtverlängerung über 20 Jahre nach 2066. Die amerikanische Regierung hat im Gegenzug eingewilligt, den traditionellen Landeignern auf dem Atoll ab Oktober 2003 Kompensationen in Höhe von 15 Millionen US Dollar jährlich zu zahlen. Ab 2014 sollen die Zahlungen auf 18 Millionen Dollar erhöht werden. Außerdem werde man einen Treuhänderfonds einrichten, um auf lange Sicht die Landeigner zu unterstützen.

Seit 1986 sind die Marshall-Inseln unabhängig, jedoch in einem „Compact of free association“ mit den USA verbunden. Seit 1964 unterhält die amerikanische Armee einen Stützpunkt auf den Marshall-Inseln, die „US Army Base Kwajalein“ (USAKA).

Auf dem Kwajalein-Atoll gibt es einen militärischen Stützpunkt für Raketentests. Auf dieser sogenannten „Ronald Reagan Ballistic Missile Defense Test Site“ (RTS) werden Abwehrraketen im Rahmen des Star-Wars-Programms getestet.

Die 97 Inseln des Atolls bilden die weltgrößte Lagune und stellen so ein ideales Ziel für Raketen dar, die an der amerikanischen Westküste, in Alaska, auf Kauai (Hawai'i) oder auf Wake Island abgeschossen werden.

Auf Kwajalein leben 3.000 Amerikaner. Es handelt sich um Beschäftigte der RTS mit ihren Familien. 1.500 Marshalliesen von der benachbarten Insel Ebeye sind ebenfalls auf der RTS beschäftigt. Sie dürfen jedoch weder auf Kwajalein leben, noch dort einkaufen oder sich in der

Freizeit vergnügen. Täglich werden sie auf Shuttleschiffen von Ebeye nach Kwajalein gebracht. (<http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/rm.html>, *Pacific Magazine* 02/03, <http://www.angelfire.com/hi2/kwa/>, <http://www.smdc.army.mil/kmr.html>)

Politischer Trubel: Harris zurückgetreten

Nauru: Der Präsident der Inselrepublik Nauru, Rene Harris, trat Mitte Januar von seinem Amt zurück. Wenige Tage später folgte ihm der Präsident des Parlamentes, Vassal Gadoengin. Dem Rücktritt der Politiker war ein tagelanges politisches Chaos vorausgegangen. Am 8. Januar war im Parlament ein Misstrauensvotum gegen Harris vorgebracht worden. Harris selbst und sechs seiner Minister verließen daraufhin aus Protest das Gebäude, so dass nur elf der 18 Mitglieder des Parlaments über das Votum abstimmen konnten. Die Wahl ging mit acht zu drei Stimmen gegen Harris aus, so dass am gleichen Tag der frühere Präsident Bernard Dowiyogo als neuer Präsident ernannt wurde. Dowiyogo wurde vom Parlament eingeschworen, daraufhin rief Harris den Obersten Gerichtshof im australischen Melbourne an. Der für Nauru zuständige Richter Barry Connell erklärte später das Misstrauensvotum für ungültig, da die Verfassung von Nauru eine Zweidrittelmehrheit vorschreibt, d.h. das Votum hätte mit 9:2 Stimmen ausgehen müssen. Für kurze Zeit war Harris also wieder offiziell Präsident von Nauru, bis er im Januar zurücktrat und Dowiyogo sein Amt überließ.

Rene Harris bezeichnete die „pazifische Lösung“, also die Unterbringung von in Australien um Asyl bittenden Flüchtlingen in einem Camp auf Nauru, als seinen „*persönlichen pazifischen Albtraum*“. Diese Lösung hatte der Republik Nauru im Finanzjahr 2001 - 2002 insgesamt 26,5 Millionen AUS Dollar eingebracht. Harris beklagte jedoch, dass die

Gelder bis heute nicht auf den Konten des nahezu „*bankrotten Staates*“ (Zitat Alexander Downer, australischer Außenminister) eingegangen seien.

Die nächsten offiziellen Parlamentswahlen für die 12.000 Einwohner Naurus finden im April des Jahres statt. (*PIR* 20.01.03, *Flash d'Océanie* 12.12.02, 09.01.03, 23.01.03, *Tax-News.com* 14.01.03, *SMH* 17.01.03, *Islands Business* 02/03)

Palau unterzeichnet Konvention

Koror: Am 3. Februar hat Palau beim Generalsekretär der Vereinten Nationen die Beitrittserklärung zum Chemiewaffenübereinkommen hinterlegt. Am 5. März wird die Inselrepublik offiziell zum 149. Mitgliedsstaat der Konvention erklärt. Der Präsident der westlichsten Insel des Pazifiks, Tommy Remengesau, erklärte, es sei wichtig, dass Palau ebenfalls die Konvention über biologische Waffen ratifiziere.

Das „Chemiewaffenübereinkommen“ (Chemicals Weapons Convention, CWC) gilt als einer der wichtigsten internationalen Abrüstungsverträge. Es hat zum Ziel, weltweit alle chemischen Waffen und alle Anlagen zu deren Herstellung zu vernichten. Bis 2012 sollen die Bestände der Unterzeichnerstaaten zerstört sein. Das Abkommen, das bereits 1993 formuliert wurde, trat am 29. April 1997 in Kraft und wurde bisher von 148 Staaten, darunter allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und der NATO, ratifiziert. Die beiden Besitzer der weltweit größten Arsenale an Chemiewaffen, die USA und Russland, unterzeichneten das Abkommen am 29. April und am 5. Dezember 1997.

Die Konvention verbietet Entwicklung, Herstellung, Besitz, Weitergabe und Einsatz chemischer Waffen. Vorhandene Bestände sind durch die Unterzeichnerstaaten anzugeben und

unter internationaler Aufsicht vernichten zu lassen.

Um dem Abkommen international mehr Gewicht zu verleihen, wurde zur Überwachung seiner Einhaltung die „Organisation für das Verbot chemischer Waffen“ (OPCW) gegründet, die in Den Haag sitzt und Teil der Vereinten Nationen ist. Sie führt in den Mitgliedsländern regelmäßige Routineinspektionen sowie unangekündigte Verdachtskontrollen durch. Von 1997 bis 2002 überwachte die OPCW die Vernichtung von zwei Millionen Chemiewaffen und schätzungsweise zwei Dritteln der weltweiten Produktionsstätten solcher Waffen. Bisher wurden zehn Prozent der bei der Organisation gemeldeten C-Waffen zerstört.

Durch die jetzt 149 Mitgliedsstaaten sind 90 % der Weltbevölkerung in der Organisation repräsentiert sowie 98 % der weltweiten chemischen Industrie.

Die „Biologische Waffenkonvention“ trat am 26. März 1975 in Kraft, inzwischen haben 146 Staaten unterschrieben. Die „*Convention on the Prohibition of the Development, Production and Stockpiling of Bacteriological (Biological) and Toxic Weapons and on their Destruction*“ hat ähnliche Ziele wie die CWC, bezieht sich jedoch auf biologische Waffen.

Folgende pazifische Länder haben die Konvention über chemische Waffen unterzeichnet:

Australien, Neuseeland, Cook-Inseln, die Föderierten Staaten von Mikronesien, Fiji, Kiribati, Papua-Neuguinea, Nauru und Samoa. (*Palau Horizon* 02.03.03, http://www.politikerscreen.de/lexikon/lexikon_detail.asp?ID=523, <http://www.opcw.org/>, <http://www.opbw.org/>, Email von der Presseabteilung der OPCW 06.02.03)

Thunfischkommission kontrolliert Fischbestände

Förderierte Staaten von Mikronesien (FSM): Eine sogenannte „Thunfischkommission“ (Tuna

Commission) wird in Kürze ihre Arbeit in Pohnpei aufnehmen. Das gab der Präsident der FSM, Leo Falcam, bekannt. Die Kommission ist das Ergebnis sechsjähriger Verhandlungen zwischen pazifischen Ländern und den Ländern, deren Fangflotten im Pazifik fischen. Die Kommission soll die Fischbestände außerhalb der jeweiligen Exklusiven Ökonomischen Zonen (ein 200 Seemeilen umfassendes Gebiet rund um die Küsten) kontrollieren. Pohnpei war im Rahmen einer Konferenz in Manila im vergangenen November zum Sitz der Kommission ernannt worden. Es handelte sich um die dritte Konferenz zur Einsetzung einer Fischbestands-Regulierungsbehörde mit dem englischen Titel „Conference for the Establishment of the Commission for Conservation and Management of Highly Migratory Fish Stocks in the Western and Central Pacific Region“. (PIR 24.02.03)

POLYNESIEN

Mehr Geld für französische Überseegebiete

Paris: Der französische Senat hat den französischen Überseegebieten im Pazifik 1,3 Milliarden Euro aus dem Staatshaushalt 2003 zugesprochen. Das entspricht einer Steigerung von 16,7 % im Vergleich zum Budget des Vorjahres. Den Großteil des Geldes erhält Französisch-Polynesien. 2,5 Millionen Euro sollen Wallis und Futuna im Rahmen eines sogenannten „Entwicklungshilfevertrages“ zu gute kommen. Neukaledonien erhält 2,5 Millionen Euro.

Im Budget von Französisch-Polynesien wurde der größte Teil des Geldes für die öffentliche Wohlfahrt veranschlagt, weitere Posten sind öffentliche Gesundheit, Erziehung und Ausbildung, Tourismus, Landwirtschaft, Sport und Jugend. Der Wirtschafts- und Finanzminister der Territorialre-

gierung in Pape'ete, Georges Puchon, sprach von einer notwendig gewordenen „Konsolidierung des wirtschaftlichen Wachstums“.

Die Regierung in Pape'ete hat Ende des letzten Jahres ein neues Amt eingerichtet. Das EGT soll die großen Infrastrukturmaßnahmen auf der Hauptinsel Tahiti koordinieren. Dazu gehören der Bau eines hochmodernen Krankenhauses, der Ausbau einer Bundesstraße zwischen Pape'ete und dem Norden der Insel sowie die Verschönerung der Hafenanlagen der Hauptstadt. Das neue Krankenhaus, dessen Bau aufgrund von Streitereien zwischen Regierung, Baugesellschaft und Arbeiterschaft ins Stocken geraten ist, soll den Namen „Hôpital Jacques Chirac“ erhalten, wobei unklar ist, ob es diesen Namen wirklich erhalten wird. Es befindet sich in Taone, einem Viertel von Pirae. Zur Auslagerung des Schifffrachtverkehrs aus Pape'ete wird zur Zeit nahe der Stadt Taravao der Hafen Faratea gebaut. Er liegt am Isthmus zwischen den beiden Halbinseln von Tahiti. Für diese Infrastrukturmaßnahmen sind im Haushalt 490 Millionen Euro veranschlagt.

Die größte Steigerung einzelner Haushaltsposten verzeichnet mit + 40 % der Unterhalt des Präsidentenpalastes von Gaston Flosse. 3,31 Milliarden Französische Pazifikfrancs sind dafür vorgesehen und damit mehr Geld als für die anderen 15 Ministerien im Territorialparlament zusammen. Im Palast des Präsidenten arbeiten in 2003 908 Funktionäre, in 2002 waren noch 767 Funktionäre in dem 25 Millionen Euro teuren Palast beschäftigt. In 2003 stieg auch die Zahl des Sicherheitspersonals im Palast von 97 auf 112 Wachleute.

Gesenkt wurden im Staatshaushalt die Gehälter der Vertreter von Französisch-Polynesien in Paris. Gesteigert wurde allerdings die Zahl der Funktionäre, die in Paris für die Territorialregierung von Polynesien beschäf-

tigt sind, von 29 auf 36. Erhöht wurden auch die Beiträge der Steuerzahler. Von 1 auf 2 % stiegen Umwelt- und Landwirtschaftssteuer, die Krankenversicherungsbeiträge stiegen von 15,81 % auf 17,73 % und die Rentenbeiträge wurden um 0,4 % erhöht. Der Benzin- und Dieselpreis ist der höchste des Pazifiks, nach kritischen Meinungen sogar der höchste weltweit. (Oceania Flash, 07.12.02, Email Lorenz Gonschor 23.01.03, Tahiti-Pacifique Magazine Nr. 141, Janvier 03)

Schwarze Perlen für China

Beijing: Die Volksrepublik China hat Französisch-Polynesien den Status „meistbegünstigte Nation“ („most favoured nation“) bezüglich des Exports von schwarzen Perlen zugesprochen. Der Präsident der Territorialregierung des französischen Überseeterritoriums, Gaston Flosse, war im vergangenen Oktober nach China gereist, um beim chinesischen Präsidenten Jiang Zemin Werbung für den Export polynesischer Produkte nach China zu machen. Dabei ging es vor allem um die wertvollen, auf speziellen Farmen gezüchteten schwarzen Perlen des Landes. Mit dem Status der meistbegünstigten Nation wird die Importsteuer für Perlen von 24 % auf 10 % gesenkt.

Mitte Januar traf sich der neu eingerichtete „Pearl Farming Advisory Council“ erstmals zu Gesprächen. Zu dem Beratungsausschuss gehören Gaston Flosse, der in der Regierung das Portfolio für den Export der schwarzen Perlen innehat, sowie je fünf Repräsentanten der Perlenindustrie und der Territorialverwaltung. Ziel des Ausschusses ist die Erstellung eines Verhaltenskodex („code of ethics“) für die Perlenzüchter. Strenge Qualitätskontrollen sollen die Ausfuhr minderwertiger und billiger Ware verhindern.

Schätzungen zufolge sind auf den mehr als 1.000 Perlenfarmen in den Archipelen von Französisch-Polynesien mehr als 7.000 Menschen beschäftigt. Ein im November 2001 begonnener Zensus der Farmen und Arbeiter soll im Juni 2003 abgeschlossen werden und genauere Zahlen liefern. Tahiti produziert weltweit ein Viertel der schwarzen Perlen.

Perlen sind von Perlmuscheln erzeugte Gebilde aus Calciumcarbonat. Sie entstehen durch eine Verschiebung der Außenschicht des Mantels in das Bindegewebe, ausgelöst durch Verletzung oder durch das Eindringen eines Fremdkörpers. Das Mantelepithel ründet sich im Bindegewebe ab und scheidet nach innen Schichten von Perlmutter aus. Perlen erhalten ihren Glanz höchstens 100 bis 150 Jahre lang, da Luft und Absonderungen der Haut sie "erblinden" lassen. Perlen züchtet man, indem man den Muscheln Fremdkörper in den Mantel pflanzt. Die so erzeugten Perlen werden *Zucht-* oder *Kulturperlen* genannt.

Die schwarzen Perlen Tahitis werden in der Muschel „Pinctada Margaritifera“ gezüchtet, der schwarzlippigen „Mother of pearl“. Sie kosten auf dem Weltmarkt zwischen 100 und 10.000 US Dollar. Ihr Wert hängt dabei von Größe, Form, Glanz und Farbe ab.

Hongkong ist der größte Exportmarkt für tahitianische Perlen. In den ersten neun Monaten des Jahres 2002 exportierte Französisch-Polynesien 2,7 Tonnen loser Perlen in das chinesische Sonderverwaltungsgebiet, das entspricht 36 % des Gesamtexports von Tahiti.

Bei der letzten großen Perlenauktion der Vereinigung der Perlenzüchter Mitte Februar wurden schwarze Perlen im Wert von 3,4 Millionen Euro verkauft. 35 % der 165.000 verkauften Perlen gehörten zur Klasse „A“, der höchsten Kategorie. (*Oceania Flash* 17.01.03, 21.01.03, 17.02.03, www.wissen.de, www.perlesdetahiti.net, *Islands Business* November 2002, S. 26 ff.)

† Marie-Thérèse Danielsson

Tahiti: Am 6. Februar starb in Papeete Marie-Thérèse Danielsson im Alter von 79 Jahren. Sie hatte sich gemeinsam mit ihrem 1997 verstorbenen Mann als Vorkämpferin und Aktivistin für einen nuklearfreien und unabhängigen Pazifik international einen Namen gemacht.

Marie-Thérèse Sailley wurde 1923 in den Vogesen geboren. 1948 heiratete sie den schwedischen Ethnologen Bengt Danielsson, der ein Jahr zuvor an Thor Heyerdahls berühmter Kon-Tiki-Expedition von Peru nach Französisch-Polynesien teilgenommen hatte. 1949 begleitete Marie-Thérèse ihren Mann auf eine Feldforschungsreise auf das Atoll Raroia (Tuamotu-Inseln, Französisch-Polynesien). Ein Jahr lang dokumentierte das Ehepaar Lebensweise und Kulturwandel auf dieser Insel, worüber neben wissenschaftlichen Arbeiten auch ein bekannt gewordenes populärwissenschaftliches Buch mit dem Titel „Den Lyckliga Ön“ (dt. „Rückkehr zur glücklichen Insel“) veröffentlicht wurde. Engagiert in vielfältigen wissenschaftlichen Aktivitäten mit polynesischem Bezug beschlossen sie 1953 dauerhaft in Tahiti zu bleiben. In den folgenden Jahren wirkte Bengt Danielsson, der auch schwedischer Honorarkonsul war, bei zahlreichen Projekten mit, wobei ihn seine Frau tatkräftig unterstützte. In enger Zusammenarbeit mit dem Bishop Museum in Honolulu arbeitete er an archäologischen Dokumentationen über die Vorgeschichte Ostpolynesiens und hatte entscheidenden Anteil am Aufbau des Museums von Tahiti (Musée de Tahiti et des Îles) in Punaauia, dessen Direktor er zeitweise war. Auch über das Leben Paul Gauguins in Tahiti schrieben die Danielssons die bis heute umfassendste Abhandlung („Gauguin in the South Seas“, 1965; frz. „Gauguin à Tahiti et aux îles Marquises“, 1975).

Im Gegensatz zu anderen engagierten sich die Danielssons neben ihrer wissenschaftlichen Arbeit auch für die Anliegen der einheimischen Bevölkerung gegenüber dem französischen Kolonialsystem. Von Anfang an setzten sie sich gegen die von 1966 bis 1996 dauernden französischen Atomtests auf Moruroa und Fangataufa (Tuamotu-Inseln) ein und spielten eine Schlüsselrolle bei der Organisation des weltweiten Protestes gegen diese. Der Tod ihrer in Tahiti geborenen Tochter Maruia 1972 im Alter von 20 Jahren führte ihnen die Gefahr der Verstrahlung in drastischer Weise vor Augen und bestärkte sie in der Notwendigkeit ihres Engagements. 1974 schrieb sie das weltweit berühmt gewordene Buch „Moruroa, mon amour“ als Chronologie der französischen Kolonialpolitik und des Widerstandes dagegen, welches 1986 auf Englisch und 1993 nochmals auf französisch aktualisiert wurde. Während Bengt nach wie vor in der internationalen Wissenschaft tätig war, konzentrierte Marie-Thérèse sich auf politisches Engagement vor Ort. Über viele Jahre hinweg war sie in der Lokalpolitik der Gemeinde Paea aktiv und wirkte in verschiedenen Umwelt- und Frauenorganisationen mit. Sie gründete u.a. den lokalen Zweig der „Women's International League for Freedom and Peace“. Für ihre Verdienste im Kampf für Frieden und Gerechtigkeit im Pazifik wurden die Danielssons 1991 mit dem „Right Livelihood Award“, einer Art alternativem Friedensnobelpreis, geehrt.

Nach dem Tod von Bengt 1997 führte Marie-Thérèse das gemeinsame Lebenswerk fort. Bis zuletzt war sie politisch in der Unabhängigkeitsbewegung aktiv und kandidierte bei den Wahlen zur Territorialen Versammlung im Mai 2001 für Oscar Tamarus Unabhängigkeitspartei *Tavini Huiraatira*. Daneben war sie Gründungsmitglied der im Sommer 2001 gegründeten Atomtestopfer-Vereinigung *Moruroa e tatou*. In diesem Zusammenhang

war sie noch im Januar 2002 auf der Atomtest-Konferenz im Pariser Senat und im Oktober 2002 auf dem ECSIEP-Seminar in Straßburg anwesend. (*Pacific Media Watch*, 11.02.03, Email von John Doom 06.02.03, *tahitipresse* 07.02.03, *PIR* 12.02.03; <http://www.rightlivelihood.se/recipe/danielsson.htm>, *Tahitiens*, *Repertoire bibliographique de la Polynésie française*, Email Lorenz Gonschor)

Verbindung der Vulkane?

Hawai'i: Die amerikanischen Geologen Asta Miklius und Peter Cervelli vom Geologischen Dienst der USA auf Hawai'i glauben an eine unterirdische Verbindung der Vulkane „Mauna Loa“ und „Kilauea“. Beim Vulkan Kilauea hätte eine Eruption stattgefunden, als im Mai 2002 der größte aktive Vulkan der Erde, der Mauna Loa, in Bewegung kam, erklärten die US-Forscher im britischen Wissenschaftsjournal „Nature“. Ihre Beobachtung deuten die Geologen als eine Art „interne Kommunikation“ zwischen den beiden Feuerbergen.

Eine unterirdische Verbindung zwischen dem Mauna Loa und dem Kilauea wird schon seit 100 Jahren von Geologen diskutiert, wegen der unterschiedlichen chemischen Zusammensetzung der Eruptionsgesteine jedoch immer wieder verworfen. Der enge zeitliche Zusammenhang zwischen den Bewegungen der Magmenkammern am Mauna Loa und dem Ausbruch des Kilauea könne aber nicht zufällig sein, behaupteten Miklius und Cervelli. Obwohl sie den Unterschied zwischen den Gesteinen nicht erklären können, postulieren beide Forscher eine unterirdische Verbindung innerhalb der Erdkruste.

Weltweit gibt es etwa 550 tätige Vulkane. Das Vulkansystem von Hawai'i gilt als das größte der Erde. Es erhebt sich fast zehn Kilometer über den Grund des Pazifiks und ist damit höher als der Mount Everest. Hawai'i liegt über einem „hot spot“, eine Magmaverbindung zum Erd-

mantel ist nachgewiesen. Die dünnflüssige Lava der beiden Vulkane ist relativ harmlos und wird, ebenso wie der Lavasee „Halemaumau“ am Kilauea, gerne von Touristen bestaunt. (*rp-online* 16.01.03, www.nature.com Band 421, S. 229, <http://www.g-o.de>)

110. Jahrestag des Putsches gegen die letzte Königin

Hawai'i: Mitte Januar fanden in Hawai'i zahlreiche Demonstrationen indigener Hawaiianer statt, um an den Sturz der Regierung Hawai'is vor 110 Jahren zu erinnern. Am 17. Januar 1893 hatte eine Gruppe weißer Siedler unter Führung von Sanford B. Dole und Lorrin A. Thurston mit Unterstützung amerikanischer Marinetruppen die verfassungsmäßige Regierung des Königreichs Hawai'i unter Königin Lili'uokalani gestürzt und zunächst ein pro-amerikanisches Apartheidregime (die sogenannte „Republik Hawaii“) errichtet, bevor dann 1898 Hawai'i endgültig von den USA annektiert wurde.

Höhepunkt der diesjährigen Kampagne, die eine Woche lang zahlreiche Manifestationen umfasste, war am 17. Januar ein Protestmarsch zum 'Iolani-Palast im Zentrum von Honolulu, dem Sitz der letzten Königin, der zum Zeichen der Trauer schwarz drapiert worden war. Etwa 400 Demonstranten nahmen daran teil.

Im Vorfeld der Protestveranstaltungen hatten sich verschiedene bislang zerstrittene Souveränitätsinitiativen zusammenschlossen, sich unter dem Motto „The Living Nation“ auf ein gemeinsames Programm geeinigt und ein Organisationskomitee gebildet, dem unter anderem der prominente hawaiianische Aktivist Kekuni Blaisdell sowie der aus der Schweiz stammende Niklaus Schweizer, Germanistikprofessor an der Uni Hawai'i, angehören. Lynette Hi'ilani Cruz, langjährige Unabhängigkeitsakti-

vistin und gemeinsam mit Mel Kalahiki Vorsitzende des Organisationskomitees, sagte, die Hawaiianer müssten sich bewusst werden, dass sie alle auf das gleiche Ziel zusteuern. Die Wiederherstellung einer hawaiianischen Nation sei unvermeidbar. Die USA sollten endlich einsehen, dass das Hawai'i zugefügte Unrecht wiedergutmacht werden muss.

Diese Vorgänge muss man vor dem Hintergrund zweier gegensätzlicher aktueller Entwicklungen sehen: Einerseits gibt es Tendenzen, staatlich geförderte Institutionen für indigene Hawaiianer abzuschaffen (mit dem Argument, alle US-Bürger seien gleich und keine ethnische Gruppe dürfe bevorzugt gefördert werden). Dies führte bereits dazu, dass der Oberste US-Gerichtshof entschied, auch Nicht-Hawaiianer dürften an der Wahl der Treuhänder des Office for Hawaiian Affairs (OHA, einer Behörde des Staates Hawai'i für die Belange der indigenen Hawaiianer) teilnehmen. Auf der anderen Seite wird zur Zeit im US-Kongress über eine Gesetzesvorlage des hawaiianischen Senators Dan Akaka beraten, die die Hawaiianer als indigenes Volk innerhalb der USA den amerikanischen Indianern gleichstellen soll. Dies geht allerdings vielen hawaiianischen Aktivisten nicht weit genug, da sie befürchten, damit statt der erhofften Souveränität vom für Indianerfragen zuständigen Washingtoner Innenministerium abhängig zu werden.

Der 17. Januar ist für die Hawaiianer seit vielen Jahren ein Tag der Trauer und des Protests, denn dieses Datum symbolisiert das Ende einheimischer Regierungsgewalt in Hawai'i. War die Autorität der einheimischen Regierung bereits im Laufe des 19. Jh. immer mehr von Weißen unterminiert worden, so wurde mit dem Putsch von 1893 Hawai'i endgültig seiner Souveränität als unabhängiger polynesischer Staat beraubt. Vor zehn Jahren

war der 100. Jahrestag des Staatsstreiches der erste Höhepunkt der zeitgenössischen hawaiianischen Protestbewegung. Damals erlebte Hawai'i eine der größten Demonstrationen seiner Geschichte, als etwa 15.000 Hawaiianer (von insgesamt ca. 200.000 Hawaiianern, 20 % der Gesamtbevölkerung Hawai'is) vor dem 'Iolani-Palast demonstrierten. Demgegenüber war die diesjährige Kundgebung bescheiden. Dennoch wurde damit deutlich, dass die hawaiianische Souveränitätsbewegung weiterhin aktiv ist. (Gastartikel von Lorenz Gonschor, www.starbulletin.com, www.honoluluadvertiser.com, www.honoluluweekly.com, www.livingnation.org)

Nachwahl eines Kongressabgeordneten

Hawai'i: In Hawai'i wurde am 4. Januar in einer Nachwahl der Demokrat Ed Case zu einem der beiden Repräsentanten Hawai'is im US-Kongress gewählt. Die Nachwahl war notwendig geworden, weil die bisherige Abgeordnete Patsy Takemoto Mink kurz vor der allgemeinen Wahl vom 5. November verstorben war, ihr Name aber nicht mehr von den Wahlzetteln gestrichen werden konnte und sie als Tote wiedergewählt wurde.

Case lag mit 43,2 % der Stimmen klar vor seinen Mitbewerbern, den Demokraten Matt Matsunaga (30,2 %) und Colleen Hanabusa (7,9 %), sowie den Republikanern Barbara Marumoto (5,9 %) und Bob McDermott (5,6 %). 39 weitere Kandidaten (darunter 4 Hawaiianer) lagen alle unter 1 %. Die Wahlbeteiligung war mit 21,9 % äußerst gering.

Case hatte sich bereits in einer ersten Nachwahl am 30. November mit der überraschend deutlichen Mehrheit von 51,0 % gegen 37 Mitbewerber durchgesetzt. Zweck dieser Wahl war es, einen Nachfolger für Minks restliche Amtsperiode bis Ende 2002 zu bestimmen, wobei dies allerdings nur formell einen Sinn machte, da am 30. November die Parlamentsferien zum Jahresende schon begonnen hatten.

Ed Case ist weißer amerikanischer Abstammung, wurde aber in Hawai'i geboren. Von Beruf Jurist, war er von 1994 bis 2002 Abgeordneter im Staatsparlament. Schon seit längerer Zeit setzt er sich für die Anerkennung der indigenen Hawaiianer als souveräne Nation innerhalb der USA ein, was viele Hawaiianer unterstützen. Andere, denen seine Vorschläge nicht weit genug gehen, haben ihn deswegen bereits scharf kritisiert.

Mit dem Wahlsieg von Case bleibt die Vertretung Hawai'is im US-Kongress weiterhin fest in den Händen der Demokraten, denen auch der andere Repräsentant Neil Abercrombie sowie die beiden Senatoren Daniel Akaka und Daniel Inouye angehören.

Hintergrund: Der US-Bundesstaat Hawai'i wird im amerikanischen Kongress von zwei Senatoren und zwei Repräsentanten vertreten. Während die beiden Senatoren zeitlich versetzt auf Gesamtebene des Staates für jeweils sechs Jahre gewählt werden, werden die Repräsentanten alle zwei Jahre in Einzelwahlkreisen gewählt. Der erste Wahlkreis umfasst die Stadt Honolulu mit Vororten, der zweite (in dem die jetzige Nachwahl stattfand) den ländlichen Teil der Hauptinsel O'ahu und die äußeren Inseln. (Gastartikel von Lorenz Gonschor, *Honolulu Advertiser* www.honoluluadvertiser.com; *Honolulu Star-Bulletin* www.starbulletin.com; *State of Hawai'i Office of Elections* www.state.hi.us/elections/)

Vize Henry entlassen

Avarua: Der Vizepremier und Finanzminister der Cook-Inseln, Sir Geoffrey Henry, ist Ende Januar von Premierminister Dr. Robert Woonton seines Amtes enthoben worden. Ebenfalls entlassen wurde Henrys Parteigenosse, der Minister für staatliche Bauvorhaben, Tom Marsters.

Geoffrey Henry, Vorsitzender der Cook Islands Party, wurde durch Dr. Terepai Maoate ersetzt;

Marsters' Nachfolger wurde Tangata Vavia.

Maoate ist Präsident der Demokratischen Partei und war bisher Oppositionsführer. Premier Woonton und Vizepremier Maoate sind beide ursprünglich Mitglieder der Demokratischen Partei, die sich seit vier Jahren Demokratische Allianzpartei (DAP) nennt. Vor einem Jahr hatten sich die beiden Politiker zerstritten und damit die Partei gespalten. Maoates Fraktion nannte sich seitdem wieder „Demokratische Partei“ (DP), während Woontons Gefolgschaft den Namen „Demokratische Allianzpartei“ beibehielt. Die acht DP-Mitglieder aus der bisherigen Opposition haben zugesagt, mit den anderen Mitgliedern zu koalieren, um so eine neue einheitliche Demokratische Partei zu ermöglichen. Dr. Maoate, der gleichzeitig erneut als Finanzminister vereidigt wurde, sagte, sein größtes Ziel sei die Wiedervereinigung der zerstrittenen Fraktionen innerhalb der Demokratischen Partei. Mit 16 Sitzen im 25-sitzigen Einkammerparlament hält die DP/DAP nun zusammen mit unabhängigen Abgeordneten die Mehrheit, die Cook Islands Party ist aus der Regierungskoalition herausgefallen und bildet die Opposition.

Seit 1999 hat die Regierung der Cook-Inseln sich bereits fünfmal umgebildet. Erst im Februar 2002 war Premierminister Dr. Terepai Maoate durch ein Misstrauensvotum seines Amtes enthoben und Dr. Robert Woonton zum neuen Premier gewählt worden. Der Vorsitzende der New Alliance Party, Minister Norman George, war im November letzten Jahres von Woonton geschasst worden.

Offizieller Wahltermin ist im Frühjahr 2004, über vorgezogene Wahlen denkt Woonton bereits nach. (*Flash d' Océanie* 30.01.03, *Cook Islands Herald* 01.02.03, *Tuatua tika News* 31.01.03, 01.02.03, www.cookislands.de)

Ergebnis der US-Kongresswahlen

Pago-Pago: In Amerikanisch-Samoa wurde der US-Kongressabgeordnete Eni Faleomavaega im November 2002 wiedergewählt. Nachdem er in der ersten Wahlrunde am 5. November mit 41,3 % der Stimmen keine absolute Mehrheit gegen seine zwei Gegenkandidaten Fagafaga Langkilde (32,1 %) und Aumua Coleman (26,6 %) erlangt hatte, musste er Ende November in einer Stichwahl gegen Langkilde antreten, wobei er sich mit 54,8% klar durchsetzen konnte.

In Amerikanisch-Samoa gibt es im Gegensatz zu den anderen US-Besitzungen im Pazifik keine klare Parteistruktur. Alle Kandidaten traten deshalb als Unabhängige an. Im US-Kongress ist Faleomevaega allerdings Mitglied der Fraktion der Demokraten. Faleomavaega hatte sich in letzter Zeit gemeinsam mit dem Gouverneur Tauese Sunia bei der UN dafür eingesetzt, Amerikanisch-Samoa von der Liste der zu entkolonisierenden Gebiete zu streichen, da es dort schon seit langer Zeit keinerlei Bestrebungen für die Unabhängigkeit oder die Wiedervereinigung mit Westsamoa gibt. Um so stärker engagierte sich Faleomavaega aber gegen den Kolonialismus in anderen Gebieten des Pazifiks; so nahm er 1995 in Tahiti an den Protesten gegen die französischen Atomtests teil und setzt sich für das Recht Westpapas auf Selbstbestimmung ein. (Email Lorenz Gonschor 25.02.03, American Samoa Government <http://www.asg-gov.com/>, PIR)

Tito bleibt Präsident

Kiribati: Teburoro Tito ist bei den Präsidentschaftswahlen am 25. Februar zum dritten Mal in seinem Amt bestätigt worden. Die 40.000 Wahlberechtigten der Inselrepublik konnten zwischen Tito, Taberannang Timeon und Bakeua Tekita wählen. Die Stimmen entfielen wie folgt: 14.160 Stimmen für Tito, 13.613 Stimmen für Timeon und 348

Stimmen für Tekita. Die drei Kandidaten waren vom 42-köpfigen Parlament vorgeschlagen worden. Gemäß der Verfassung von Kiribati muss der Präsident jedoch in Direktwahl vom Volk gewählt werden. Präsident Tito muss nun ein Parlament unter Kontrolle bringen, dessen Mehrheit aus Anhängern der Oppositionspartei „Boutokaan Te Koaua“ (BTK) besteht. Titos Partei hat nur 15 Mitglieder im Parlament, die BTK dagegen 27. (PIR 25.02.03, Flash d'Océanie, Pina Nius online 26.02.03, Radio Pacific Beat)

AUSTRALIEN

Rekordtief bei Langzeitarbeitslosen

Die Langzeitarbeitslosenquote in Australien hat das niedrigste Niveau seit elf Jahren erreicht. Lag die Quote im Jahr 2000 noch bei 27,9 %, so sind heute nur noch 20,7 % länger als zwölf Monate arbeitslos. Mit 124.000 Langzeitarbeitslosen hat der fünfte Kontinent eine der niedrigsten Langzeitarbeitslosenquoten weltweit. Die allgemeine Arbeitslosenquote liegt zur Zeit bei knapp über 6 %. Dabei leben im Großraum Sydney (Bundesstaat New South Wales) 5,6 % Arbeitslose, der Bundesstaat Tasmanien hat mit 8,2 % die höchste Quote des Landes.

Zum Vergleich: Im Dezember 2002 hatten in Deutschland 10,1 % aller zivilen Erwerbspersonen keinen Job. (Deutsch-Australische IHK, <http://www.bertelsmannstiftung.de/documents/AustralienFinaleneu.pdf>, Statistisches Bundesamt)

Asyl verweigert

399 Personen aus dem Flüchtlingscamp der Insel Nauru hat die australische Regierung Asyl verweigert. 157 dieser überwiegend afghanischen Flüchtlinge nehmen das Angebot der Regierung an, mit einer Abfindung in Höhe von bis zu 10.000 AUS Dollar freiwillig in ihre Heimatländer zurückzukehren. Der nächste Flug nach Afghanistan zum Rücktransport der Flüchtlinge wird voraussichtlich in 14 Tagen mit dem Ende des Winters stattfinden.

55 Personen wurde Asyl gewährt. Sie erhielten eine Aufenthaltsgenehmigung für Australien, Kanada oder Norwegen. Ein Sprecher des australischen Einwanderungsministeriums gab an, diese Menschen hätten Asyl gewährt bekommen, weil bereits Familienangehörige in Australien lebten. (Flash d'Océanie, PIR 26.02.03)

NEUSEELAND

Kyoto-Protokoll ratifiziert

Die Premierministerin von Neuseeland, Helen Clark, hat am 19. Dezember 2002 bei einem Besuch der Vereinten Nationen in New York das Kyoto-Protokoll ratifiziert.

Das Kyoto-Protokoll ist ein Rahmenvertrag für Maßnahmen zum internationalen Klimaschutz. Das Protokoll ist eine internationale Absichtserklärung ohne völkerrechtliche Auswirkungen. Der 1997 im japanischen Kyoto geschlossene Vertrag verpflichtet zu einer Verminderung der Emissionen von sechs klimaschädlichen Gasen um 5,2 % gegenüber 1990 bis zur Periode 2008 - 2012.

Bisher haben 103 Staaten das Kyoto-Protokoll ratifiziert (Stand: 23.01.03). Die USA und Australien verweigern die Unterzeichnung unter den Klimaschutzver-

trag. Voraussetzung des Inkrafttretens des Protokolls ist die Ratifizierung durch 55 Vertragsparteien, die mindestens 55 % der gesamten Kohlendioxidemissionen der Industrieländer des Jahres 1990 einschließen. Die bisherigen 103 Vertragsparteien tragen nur zu 40,4 % zur CO²-Reduktion der Industrieländer bei. Entscheidend für das Inkrafttreten wäre die Ratifizierung Russlands, das mit 17,4 % zu den weltweiten Emissionen beiträgt.

Neuseeland trägt mit 0,2 % zum weltweiten Ausstoß von Kohlendioxid bei. Dabei kommt ein Großteil der klimaschädlichen Emissionen nicht aus der Industrie, sondern von den 39 (!) Millionen Schafen, die wegen ihres Fleisches und der Wolle gezüchtet werden und täglich Methangas produzieren.

Folgende Länder des Pazifiks haben das Kyoto-Protokoll ratifiziert: Cook-Inseln, Fiji, Kiribati, Föderierte Staaten von Mikronesien, Nauru, Niue, Palau, Papua-Neuguinea, Samoa, Tuvalu, Vanuatu. (*Flash d'Océanie* 11.12.02, www.wissen.de, www.learn-line.nrw.de, <http://unfccc.int/resource/kpstats.pdf>)

Maori fürchten Entweihung

Die amerikanische Filmproduktionsfirma Warner Brothers ist von Maori beschuldigt worden, ihren heiligen Berg Taranaki an der Westküste der neuseeländischen Nordinsel entweiht zu haben. Warner Brothers dreht zur Zeit am 2.518 m hohen Mount Taranaki im Egmont Nationalpark den Film „Der letzte Samurai“ (The last Samurai). In der Hauptrolle ist der amerikanische Schauspieler Tom Cruise zu sehen. Keith Manukonga, Sprecher des Nga Mahanga a tari iwi („Stamm“), sagte, für die Filmarbeiten seien eine Begräbnisstätte und ein ehemaliges Schlachtfeld der Maori benutzt worden. Dies käme einer Entweihung des heiligen Berges gleich. Andere Maori forderten von Warner Brothers

Kompensationszahlungen für die Ausstrahlung von Kinobildern des heiligen Berges. Mount Taranaki „spielt“ in dem Film den japanischen Berg Fujiyama.

Jane Gilbert, Direktorin der Firma „Film New Zealand“, die Neuseeland für Filmaufnahmen promotet, erklärte, Warner Brothers habe sich bemüht, die Rechte der Maori am heiligen Berg zu respektieren. Die Reaktion der Maori sei ihres Erachtens nach völlig überzogen, es handele sich um einen „Sturm im Wasserglas“.

„Der letzte Samurai“ wird in den nächsten vier Monaten in Neuseeland und Japan von Regisseur Edward Zwick verfilmt. Hollywoodstar Tom Cruise hat nach Angaben von Privatleuten bereits Kontakte zu seinen neuseeländischen Nachbarn geknüpft. Cruise wohnt für die Zeit des Drehs in einem Haus nahe des Drehortes und hat sich den Kindern seiner Nachbarn mit einem „Hi, I am Tom“ freundlich vorgestellt. Er werde Neuseeland nicht verlassen, bis er mehr über die Kultur der Maori erfahren habe, sagte Cruise weiter. (*SMH* 13.01.03, *NZ newsletter* 01/03, www.cinezone.de, www.taranakinz.org)

† Sir John Turei

Einer der bekanntesten Maori und ehemaliges Mitglied des Waitangi Tribunals ist tot. Sir John Te Ahikaiata Josep Turei starb Mitte Januar im Alter von 80 Jahren. Der Maori hatte im Jahr 2002 den Adelstitel des neuseeländischen ‚Order of Merit‘ für seine Verdienste um die Versöhnung zwischen Maoris und *Pakehas* (Weißen) erhalten. Turei hatte sich Zeit seines Lebens für die Rechte der neuseeländischen Ureinwohner eingesetzt. Dabei hatte er friedliche Verhandlungen öffentlichen Konfrontationen und Protesten vorgezogen. Selbst ein brillanter Sprecher des Maori hatte er in einer Rede vor dem Waitangi Tribunal einigen Maori vorgeworfen, dass sie das durch die

Kolonialmacht begangene Unrecht nur in Englisch, nicht jedoch in ihrer eigenen Sprache beklagen konnten. Turei war einer der Begründer des Maori-sprachigen Radiosenders „Radio Aotearoa“. (*New Zealand Herald* 20.01.03, <http://www.waitangitribunal.govt.nz/news/default.asp>)

250.000 Ozeanier

250.000 der vier Millionen Einwohner Neuseelands sind Pazifikinsulaner. Das gab das Statistische Bundesamt in Wellington jetzt bekannt. Die größte ethnische Gruppe in Neuseeland bilden mit 115.000 die Samoaner, gefolgt von den Cook Islandern (52.600), den Tonganern (40.700), den Menschen von der Insel Niue (20.100) und den Fijianern (7.000). 6.200 Menschen aus Tokelau und 2.000 Menschen aus Tuvalu leben auf den beiden Inselhälften. Statistiker Brian Pink gab an, dass die große Mehrheit der Pazifikinsulaner bereits in Neuseeland geboren wurde. (<http://www.stats.govt.nz/>, *Flash d'Océanie* 19.02.03)

„TOK BLONG PASIFIK“
PAZIFISCHER ALLTAG

Tuvalu ist das Paradies

USA: Kein anderes Land der Welt hält die Menschenrechte so vorbildlich ein wie Tuvalu. Das geht aus dem jährlichen Menschenrechtsbericht des US Department of State (Außenministerium der USA) hervor. Tuvalus Justiz genießt völlige Unabhängigkeit, es gibt keine Morde, keine Folter und niemand gilt als vermisst. In der Verfassung des polynesischen Inselstaates ist die Meinungs- und Versammlungsfreiheit wie auch die freie Religionsausübung verbrieft. Sextourismus und Prostitution sind auf

den neun Atollen verboten, Berichte über Kindesmissbrauch liegen nicht vor. Die Menschenrechtsexperten der USA konnten ebenfalls keine Unterdrückung oder Diskriminierung von Randgruppen ausmachen. Für die rund 10.000 Bewohner des seit 1978 unabhängigen Tuvalu gibt es nur zwei Gefängnisse. Der „Country Report on Human Rights Practices“ meldet für das Jahr 2001, diese Gefängnisse seien nur zur Unterbringung von Betrunknenen für jeweils eine Nacht zur Ausnüchterung genutzt worden. Es gibt keine politischen Gefangenen. Zu Gerichtsverhandlungen reist eigens zweimal im Jahr ein Richter aus dem benachbarten Fiji an.

Einziges Wehrmutstropfen bei diesen „paradiesischen Zuständen“ (Zitat im Menschenrechtsbericht): Die Medien sind nicht frei, sondern werden von der Regierung kontrolliert. (www.rundschau-online.de, CIA World Factbook, www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2001/eap/8381.htm 04.03.02, www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/tv.html)

Miss Tapa statt Miss World

Das „Holz-Zentralblatt“, die deutsche Fachzeitschrift der Forst- und Holzwirtschaft, hat in einer nicht ganz ernst gemeinten Kolumne zur Wahl der „Miss Tapa“ aufgerufen. Aus holzwirtschaftlicher Sicht seien die „Miss World“-Wahlen (Dezember 2002 in Nigeria) unsinnig, da der Werkstoff Holz und die Nachhaltigkeit von Produkten dabei keine Rolle spielten. Man empfehle alternativ die Wahl zur „Miss Tapa“.

Tapa (Rindentuch) ist weich und für Textilien besonders geeignet. Es sei elegant, nachhaltig, fördere den Holzabsatz, helfe der Wirtschaft in den Tapa herstellenden Ländern und unterstreiche zudem die Schönheit seiner Trägerinnen. (*Holz-Zentralblatt* 25.11.02)

Geld für Muscheln

Hawai'i: Ein aktueller Trend der Schmuckindustrie beschert arbeitslosen Hawaiianern ein neues Einkommen. Juweliere verarbeiten die Jacobsmuschel, eine fünf bis 15 cm große Kammmuschel, zu Schmuck. Pro Muschel verdienen die Sammler zwischen zehn und 100 US Dollar, im online-Verkauf über das Internet erzielen die Muscheln zum Teil Preise von bis zu 1.000 Dollar.

Die im Volksmund als „Sonnenaufgangsmuscheln“ betitelten, dem Logo des Öl-Multis Shell ähnelnden, Muscheln werden an den Stränden von Kaua'i und Oahu gefunden. Ihr Name „sunrise shell“ leitet sich davon ab, dass man die Muscheln am besten in der Morgendämmerung bei Gegenlicht im Sand glänzen sehen kann.

Mike Severns, Autor des Buches „Hawai'in Seashells“, zählt die Jacobsmuschel zu den zehn seltensten endemischen Muscheln der Inselkette. Nach Angaben von Juwelieren brachten meist arbeitslose Männer die Muscheln zum Tausch Muschel gegen Geld in die Schmuckgeschäfte. Inzwischen ist das Muschelsammeln zu einem Volkssport avanciert. An Sonntagen suchen ganze Familien im Sandstrand nach den kostbaren Muscheln. Ausgelöst wurde der Muschelboom durch das Ehepaar Cristaudo aus Waialua, das im Januar 2000 im Internet den Schmuckversand „North Shore Sea Shell Co.“ gründete und auf Antrieb durch den Verkauf der Jacobsmuscheln große Gewinne einfuhr. (*Honolulu Advertiser* 19.01.03, www.pukahawaii.com/centerpiece.htm)

Geschwindigkeitslimit für Rarotonga gefordert

Rarotonga: Der Polizeipräsident der Cook Inseln, Pira Wichman, fordert eine einheitliche Regelung der Geschwindigkeit auf der Insel Rarotonga. Bisher gelten drei verschiedene Geschwindigkeiten auf der 32 Kilometer langen Küstenstraße rund um die Insel:

30 km/h in der Hauptstadt Avarua, 40 km/h außerhalb der Ortschaften und 60 km/h auf offener Straße. Wichman erklärte, eine einheitliche Geschwindigkeit von 50 km/h würde der Polizei helfen, Verkehrskontrollen schneller und effektiver durchzuführen. Seit Anfang dieses Jahres verfügt die Polizei auf Rarotonga über vier Radarfallen. Die Benutzung derselben gestaltet sich als problematisch, da viele Verkehrsschilder umgefallen oder von Bäumen verdeckt sind, erläuterte Wichman. So könnten sich die Er tappten damit herausreden, die Schilder übersehen zu haben. Eine Entfernung aller Verkehrsschilder sowie die Anbringung neuer Schilder mit dem 50 km/h-Zeichen sei mit 15.000 NZ Dollar zu kostenaufwändig.

Offizielle Verkehrsregeln gibt es auf den Cook-Inseln erst seit 1966. Dort gilt weder der deutsche noch der internationale Führerschein. Wer auf Rarotonga ein Auto oder Motorrad leihen möchte, muss bei der örtlichen Polizei in Avarua einen Antrag auf Ausstellung eines einheimischen Führerscheins stellen. Dieser kostet 15,- NZ Dollar. Mit viel Pech muss man in der Hauptstadt unter den Augen der Verkehrspolizisten eine prakti-

sche Fahrprüfung absolvieren. Dazu wird die Hauptstraße in beiden Richtungen (Linksverkehr) befahren, der Kreisverkehr durchquert und vor der Polizeistation rückwärts eingeparkt. (eigene Recherche in Avarua 09/02, Cook Islands Herald 13.01.03, Tuatua Tika News 18.01.03)